

Wöchentlich 68 Pf., monatlich 2,00 M. im voraus zahlen. Preisbezug 4,00 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandsbearbeitung 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Wochenbezüge für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Zeit und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Jugend“, „Unterhaltung und Wissen“, „Gesundheit“, „Lohn“, „Wiss in die Wägenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
20. März 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“ ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie. „Kleine Anzeigen“ aus dem Bereich des 25. März (täglich) sind freigegeben. Jedes weitere Wort ist 15 Pfennig. Einmalige Anzeigen 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen 30 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Einrückfrist 2 wöchentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dabelf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37.536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, Wallstr. 65. Et. U u. Disz.-Gef., Depositenkass. Lindenstr. 2.

Thüringer Landestheater.

Der Präsident wirft den Vizepräsidenten hinaus / Fric Heimfrieder auf fgl. Befehl.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht)

Der nationalsozialistische Vizepräsident des Thüringischen Landtages, Raschler, wurde am Mittwoch von dem Präsidenten des Landtages, dem Landbundesmitglied und Rittergutsbesitzer, Kammerherrn v. Thimmeln, nach drei Ordnungsrufen wegen fleißigen Benehmens aus dem Saal verwiesen. Raschler gehört der thüringischen Regierung als Staatsratsmitglied an. Sein Benehmen in der Mittwochssitzung des Landtages war derart, daß sich der Landbundespräsident nicht anders zu helfen wußte, als das Regierungsmittglied auszuschließen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es anlässlich der Beratung eines kommunikativen Antrages gegen das Republikshutzgesetz noch zu einem heftigen Zwischenfall. Die Kommunisten und Nationalsozialisten beschimpften sich gegenseitig als Mörderpartei. Als dann ein Nationalsozialist einem sozialdemokratischen Abgeordneten vorwarf, nicht im Kriege gewesen zu sein, fiel von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf, daß der Putzschiff Fric während des ganzen Krieges „Heimkrieg“ gespielt habe. Fric erwiderte: „Ich war wäh-

rend des Krieges dort, wo mich mein bayerischer König hingestellt hat!“

Diesem Zwischenruf folgte zum Entsetzen des Herrn Fric minutenlanges Heiterkeit im ganzen Hause.

Ein Reinfall bei Gericht.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht)

Als die Sozialdemokratische Partei Thüringens in Gemeinschaft mit ihrer Landtagsfraktion nach der Wahl der gegenwärtigen thüringischen Landesregierung einen scharfen öffentlichen Protest gegen die Wahl des Nationalsozialisten Fric als Innen- und Volksbildungsminister erhob, ließ Fric mit der Beschlagnahme des Platats antworten. Er fühlte sich insbesondere durch die Feststellung beleidigt, daß er wegen Hochverrats zu einer Festungstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt worden ist. Den von der Sozialdemokratischen Partei gegen die Beschlagnahme der Platats erhobenen Beschwerden hat die zweite Strafkammer beim Thüringischen Landgericht jetzt stattgegeben. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da die Strafverfolgung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen nicht eingehalten worden ist.

Episode Fric.

Eine längst notwendige Exekution.

Herr Fric ist Nationalsozialist. Er hat aus seiner Gesinnung nie ein Hehl und aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Er ist wegen Beteiligung am Hochverrat nach dem Hitler-Bußsch zu 15 Monaten Festung verurteilt worden. Im Disziplinarverfahren wurde er freigesprochen. Die Presse der Bayerischen Volkspartei hat das vor ein paar Monaten ein „unbegreifliches Fehlurteil“ genannt — aber dies unbegreifliche Fehlurteil war die Eckschraube, die Herrn Fric zum thüringischen Innenministerium verhalf.

Das neue Republikshutzgesetz wird in den nächsten Tagen in Kraft treten. Seine Ausführung in Thüringen würde in der Hand des Herrn Fric liegen. Herr Fric hat seine Berufung dazu durch die folgenden Worte dargelegt, die er am 27. Januar 1928 im Plenum des Reichstags sprach:

„Von höheren Gesichtspunkten, vom Schicksal des gesamten deutschen Volkes aus gesehen, wiegt übrigens die Schuld der Erzberger-Mörder federleicht gegenüber dem weltgeschichtlichen Verbrechen der Erzberger, Rathenau und anderen neuen deutschen Staatsmännern. Man wird zugeben müssen, daß diese sogenannten deutschen Staatsmänner das deutsche Volk wehrlos gemacht und unseren Feinden und dem internationalen Finanzkapital zum Fraße vorgeworfen haben. Ich darf mir konstatieren, daß diese sogenannten Staatsmänner Millionen von Deutschen auf dem Gewissen haben, jene aber nur einen.“

Im unmittelbaren Anschluß an dies Bekenntnis erfolgte der Ruf zum Sturz der Weimarer Verfassung. Ein Katalog von Reden des Herrn Fric im Reichstag, in denen er systematisch die Verfassung herabsetzte und beschimpfte, ließe sich anschließen. Dieser Mann sollte mit Hilfe des neuen Gesetzes die Republik schützen? Es wäre eine lächerliche Komödie. Wer wahrhaft die Republik schützen will, muß Herrn Fric schleunigst aus der Thüringer Regierung entfernen.

Herr Fric hat gestern im Thüringer Landtag erklärt, daß er seine Ministerfähigkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausüben werde. Ueber das Wesen dieser Grundsätze ist kein Zweifel. Im Laufe des letzten Halbjahres hat der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, prononciert ausgesprochen, daß seine Partei die Verfassung von Weimar nicht als rechtsverbindlich anerkenne. Am 12. März 1930 gab der Nationalsozialist Straßer im Reichstag die folgende formulierte Erklärung ab:

„Wir werden vor dem Staatsgerichtshof des neuen Reichs die Köpfe derjenigen fordern, die die Young-Besehe in vollkommener Mißachtung der deutschen Lebensnotwendigkeiten unterzeichnet haben.“

Diese Erklärung wiederholt, was nationalsozialistische Abgeordnete, unter ihnen Herr Fric, mehrfach im Reichstag proklamiert haben. Also: Sturz der Verfassung, Hinrichtung von Reichsministern und Reichspräsident? Herr Fric und seine Freunde haben erklärt, daß sie Thüringen zu einem nationalsozialistischen Kraftzentrum zu machen gedenken. Also zu einem Zentrum des Hochverrats.

Den Grundsätzen entsprechen die Taten. Die Partei des Herrn Fric rühmt sich, daß sie die Reichswehr für den Hochverrat zu gewinnen suche. Reichswehroffiziere, die mit ihr konspirierten, sind verhaftet worden. Herr Fric begünstigt die nationalsozialistischen Organisationen. Die bisherigen Taten des Herrn Fric in Thüringen liegen auf der Linie der nationalsozialistischen Taktik. Das Ziel: Thüringen das nächste Putzschiffzentrum!

Aber wozu noch Beweise für das, was jeder in Deutschland weiß und was Herr Fric gar nicht bestreitet? Herr Fric ist Polizeiminister in Thüringen, und das ist so, als wenn man Herrn Hitler zum Minister des Innern in Preußen oder gar Herr Ludendorff zum Reichswehrminister machen wollte. Herr Fric hat folgerichtig begonnen, die thüringische Polizei mit seinem Geiste und seinen Leuten zu erfüllen — wozu hat man ihm auch diese Chance gegeben? Es ist noch nichts passiert, was eine Parallele zu den Münchener Vorgängen von 1923 wäre — aber soll erst etwas passieren?

Den Schutz der republikanischen Verfassung in Putzschiffenhände geben, die Polizei einem Hochverräter ausliefern — wer das duldet, der begünstigt den Hochverrat!

Im Jahre 1923 sahen die Kommunisten in der sächsischen Regierung. Sie hatten den Posten eines Finanzministers

Die „nationale“ Schwerindustrie.

Mit Frankreich gegen Deutschland.

Paris, 19. März. (Eigenbericht)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die durch die französische Regierungstrife seit Wochen völlig zum Stillstand gekommen sind, sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Hauptschwierigkeit bildet nach wie vor die Frage des künftigen Regimes der Saargruben, die nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in Besitz des preussischen Fiskus zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einem deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden sollen. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt als völlig undiskutierbar ablehnt,

hält die französische Regierung mit zäher Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stocken brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß man in Frankreich sehr genau weiß, daß die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargruben aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen ziemlich parallel gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ von gut unterrichteter französischer Seite erfahren hat, soll

Arnold Reebberg neuerdings in Paris

im Namen der deutschen Industrie einen von den zuständigen französischen Stellen bereits als Diskussionsbasis angenommenen Kompromißvorschlag unterbreitet haben, der die Besitzverhältnisse der Saargruben wie folgt regeln soll: von den Anteilen der zu bildenden Gesellschaft sollen ein Drittel die deutsche, ein Drittel die französische Privatwirtschaft, das letzte Drittel der preussische Fiskus erhalten. Die deutsche Industrie scheint also auch in der Saarfrage wieder einmal gegen die zuständigen Reichsstellen und unbekümmert um das Interesse der Saar und der deutschen Volksgemeinschaft für die eigene Tasche zu arbeiten.

Die Stellung der führenden deutschen Köpfe der Wirtschaft bei den Saar-Besprechungen und überhaupt bei den verschiedenen internationalen Verhandlungen der letzten Zeit wächst sich nachgerade zu einem nationalen Standarte ersten Ranges aus: Aus purem Haß gegen die Staatsbetriebe und aus privatkapitalistischem Fanatismus fallen sie den offiziellen Unterhändlern des Reiches in einer an Landesverrat grenzenden Weise in den Rücken.

Es sei nur daran erinnert, daß während der Pariser Verhandlungen des Organisationskomitees für die Reichsbahn

Herr von Siemens entgegen dem ausgesprochenen Wunsch der Reichsregierung nach Paris fuhr, um die Verhandlungen in einem Sinne unmittelbar zu beeinflussen, der den Interessen des Reiches widersprach, nämlich um die Wiederherstellung der Reichsouveränität über die Reichsbahn möglichst zu hintertreiben; ebenso hat die „Wirtschaft“ die Möglichkeiten durchkreuzt, die sich bei den Baden-Badener und auch bei den Haager Verhandlungen für eine möglichst weitgehende Wiederherstellung der Reichsouveränität über die Reichsbahn eröffneten.

Am tollsten freilich ist die Propaganda deutscher Industriellen für die Beteiligung französischer Privatkapitals — oder gar des französischen Staates — an den Saargruben, die bis zum Verfall der Vertrag ausschließlich Eigentum des preussischen und des bayerischen Staates waren. Schon zu Beginn der Verhandlungen im Herbst hatte ein Ruhrindustrieller, der im Saargebiet Hochöfen besitzt, damit gedroht, diese stillzulegen, falls die dortigen Gruben wieder in den Besitz des preussischen Fiskus kämen. Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete und schwerindustrielle Syndikus Dr. Reichert hat sich damals nach unwidersprochen gebliebenen Meldungen nach dem Saargebiet begeben und dort in industriellen Kreisen Propaganda für jene „privatkapitalistische“ Lösung gemacht, die einer Expropriation des preussischen und des bayerischen Staates und einer Entnationalisierung deutscher Bodenschätze gleichkommt.

Im Gegenzug zu den „nationalen“ Kreisen, die bei jeder Aufdeckung staatsfeindlicher Umtriebe durch bewaffnete Geheimverbände nach dem Oberreichsanwalt gegen die Enthüller rufen, pflegen wir bei dem Gebrauch des Ausdrucks „Landesverrat“ sehr vorsichtig zu sein. Hier aber müssen wir doch die Frage aufwerfen: Gibt es für das Verhalten jener deutschen Industriellen einen anderen Ausdruck als Landesverrat?

Arbeit wächst langsam zu.

65 000 Hauptunterstützte weniger.

In der Berlchwoche vom 10. bis 15. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 50 000 auf 2 313 000 Personen zurück. Damit haben sich die Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Hälfte des März um 65 000 Personen verringert.

In der gleichen Zeit des vergangenen Jahres wußte sich die Erleichterung des Arbeitsmarktes in weitaus schnellerem Tempo, denn vom 1. bis 15. März 1929 fanden bereits 120 000 Hauptunterstützungsempfänger wieder Arbeit. Daß der Saisonabschwung in diesem Frühjahr durch die Verschlechterung der Konjunktur stark behindert wird, beweist die Fest-Guns der Reichsanstalt, daß sich auch in der letzten Woche die Zahl der Arbeitsunterstützten noch um etwa 2000 Personen erhöhte.

Es werden also noch durchgreifende Maßnahmen erforderlich sein, um die zum Teil millitärlich gedrosselte Konjunktur und insbesondere die Bauwirtschaft mit Erfolg anzukurbeln.

und eines Ministerialdirektors in der Staatskanzlei. Ihre putschistische Vorbefassung war nicht stärker als die der Nationalsozialisten von heute, ihre Grundzüge und Gestaltungen und Taten nicht mehr und nicht weniger hochverräterisch als die der Partei des Herrn Fricke. Nur, das Herr Fricke gleich an der richtigen Stelle sitzt: er ist Polizeiminister. Wegen die sächsischen Kommunisten führte Herr Stresemann die Reichsexekutive durch — was dem Antiputschisten Brandler damals recht war, ist heute dem Rechtsputschisten Fricke billig.

Er braucht keine prinzipielle Frage zu sein, ob Kommunisten und Nationalsozialisten leitende Posten in der Verwaltung von Ländern einnehmen dürfen oder nicht — warum sollen sie nicht in Verwaltungsfragen Fähigkeit oder Unfähigkeit offenbaren dürfen? Aber hier, wo eine Hoheitsverwaltung, wo die Polizei, das Machtmittel des Staates, einem offenkundigen Putschisten und Feind der Verfassung in die Hand gespielt worden ist, handelt es sich nicht um Theorie, sondern um einen höchst praktischen Einzelfall. Es handelt sich um Vorbereitung des Hochverrats gegen die republikanische demokratische Verfassung von Weimar.

Diese Episode des Putschisten als Polizeiminister hat schon zu lange gedauert! In Übereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister hat der Reichsminister des Innern einen ersten notwendigen Schritt gegen den Putschisten als Minister unternommen. Dieser Schritt — schon längst fällig — ist notwendig geworden, weil die Deutsche Volkspartei Herrn Fricke immer noch unterstützt, trotz seiner bisherigen Taten und trotz der Brüstung, die sie von ihm erfahren hat. Die Deutsche Volkspartei in Thüringen hat vor der Vergangenheit und den putschistischen Qualitäten des Herrn Fricke fest beide Augen geschlossen. Sie hat vergessen, daß Herr Fricke sich kurze Zeit, bevor er in Thüringen Minister wurde, wie folgt über sie geäußert hat:

„Gute gesellschaftliche Ansichten auf Anhänger der Stresemann-Partei haben anscheinend eine allgemeine verständliche Fassung des § 4 verhindert, während wir Nationalsozialisten auch eine gesellschaftliche Achtung der Stresemänner ob ihres ungeheuerlichen Verhaltens am deutschen Volke für ganz selbstverständlich erachten.“

Jeder kompromittiert sich mit wem es ihm beliebt! Aber eine Partei, die Wert darauf legt, sich eine Verfassungspartei zu nennen, sollte von sich aus den unmöglichen Zuständen in Thüringen ein Ende machen. In welcher Situation gerät sie, wenn in Thüringen und von Thüringen aus ein putschistisches Experiment im Zeichen des Hakenkreuzes versucht werden würde? Ist denn die Rolle, die die Bayerische Volkspartei zur Zeit des Hitler-Putsch gespielt hat, irgendwie verlockend?

Das Reich wird gezwungen, weitere und ernstere Maßnahmen zu ergreifen, wenn Herr Fricke nicht demnächst von der Spitze des Thüringer Innenministeriums verschwindet. Diese Maßnahmen sind zum Schutze der Verfassung, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig. Das Land Thüringen, dessen Finanzen in katastrophaler Unordnung sind, bedarf dringend der Ruhe und nicht nationalsozialistischer Kraftmeierei und Putschspielerei — und das Reich nicht minder!

Vor 40 Jahren.

20. März 1890: Bismarcks Entlassung.

Der Tag vor vierzig Jahren, an dem Bismarck von Wilhelm II. verabschiedet wurde, gilt uns noch immer und mit Recht als ein großer Tag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Denn der eiserne Kanzler, der Sieger über Österreich und Frankreich, verließ den Schauplatz als Geschlagener, geschlagen von der jungen Arbeiterbewegung, die er vergebens durch das Sozialistengesetz zu vernichten versucht hatte. Wilhelm II. brauchte den Sturz Bismarcks, um sein kaiserliches Selbstbewußtsein zu befriedigen: in welchem Maße aber sich durch denselben Akt das Selbstbewußtsein der jungen Sozialdemokratischen Partei hob und wie ihr Ansehen in allen Kreisen stieg — davon kann sich nur der eine Vorstellung machen, der jenen geschichtlichen Vorgang denkend miterlebt hat.

So sah der 20. März 1890 zwei Sieger: Wilhelm II. und die deutsche Sozialdemokratie. Welcher von diesen beiden sich als ausdauernder erwies, lehrt die Geschichte. Wilhelm II. sitzt als Abgeandakter im Ausland, Nachfolger Bismarcks in der Reichskanzlerschaft wie der preussischen Ministerpräsidentenschaft sind zwei Sozialdemokraten: Hermann Müller und Otto Braun.

Heute klingt uns die Geschichte von Bismarcks Entlassung wie ein Märchen aus uralten Zeiten. Manche sehnen sich nach ihnen zurück, doch werden sie ebensowenig zurückkehren wie die Zeiten Barbarossas oder Karls des Großen. Und schließlich: ist die Zeit wirklich so beneidenswert, in der ein neurausthenischer Jüngling einen alten Mann von der Bedeutung Bismarcks einfach wegzog und ihn mit einem Schlage aller politischen Wirkungsmechanismen beraubte, und in der sich dies alles, obgleich es für die Zukunft des Volkes von höchster Bedeutung war, abspielen konnte im Dunkel der Kabinette?

Andere wieder bekennen sich zu der geistreichen Theorie: Monarchie und Republik, Bismarck und Müller-Seevring, das sei Sack und Hufe, und eigentlich sei alles beim Alten geblieben. Das ist die Theorie der politischen Kleinfüßler, die noch keinen Geschichtsunterricht genossen, und der Greise, die ihr Leben verschlafen haben. Wahrheit ist, daß kaum jemals in der Geschichte in einem Zeitraum von nur vier Jahrzehnten so ungeheure Veränderungen vor sich gegangen sind wie in der Zeit von Bismarcks Entlassung bis heute.

Diese Veränderungen bedeuten für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht Abbruch und Vollendung, wohl aber einen ganz gewaltigen Fortschritt. Von Bismarcks Entlassung bis zur entscheidenden Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsmacht geht ein gerader Weg. Er ist noch nicht zu Ende, wir wollen ihn weiter gehen!

Die Steuerberatung im Reichstag.

Erste Lesung beendet.

In der gestrigen Steuer- und Zolldebatte des Reichstags, deren Beginn schon in der Ueberrauschung zu lesen war, sprach weiter Abg. Dr. Neubauer (Komm.) natürlich gegen die Sozialdemokratie. Dann sagt er: Der Reichsfinanzminister bezieht als Ausschichtsratsmitglied des V. G. Farbentruffs ein arbeitsloses Einkommen von 40 000 M. im Jahre, mit seinem Ministergehalt, seinen Abgeordnetenblättern und anderem zusammen 100 000 M. jährlich; er ist Interessent der deutschen Chemiewirtschaft. Der vorgeschlagene

Benzol- und Benzinsol soll dem Reich 60 Millionen bringen, macht aber den deutschen Benzolproduzenten ein Geschenk von 25 Millionen im Jahr, wovon 10 Millionen auf den Farbentruff entfallen.

Interessenten sind auch die Abg. Dr. Hummel (Dem.) und Dr. Kalle (D. Sp.). Die sozialdemokratischen Minister predigen, die Kapitalbildung müsse gefördert das Kapital steuerlich geschenkt werden. Die Statistik beweist, daß die Industriekongresse riesige Kapitalien aufhäufen und Milliarden ins Ausland gebracht haben. Der Sozialdemokrat Seydewitz gesteht im „Sächsischen Volksblatt“ offen ein, daß die deutsche Bourgeoisie jetzt dabei sei, in Deutschland eine Falschfälschung einzuführen mit sozialdemokratischer Hilfe.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Dem Reichstagsrat liegt ein Gesetz vor über eine Abgabe von der inländischen Benzolproduktion.

Selbstverständlich habe ich bei Ueberrauschung meines Ministeramtes sofort meinen Ausschichtsratsposten bei V. G. Farben niedergelegt, und zwischen dieser Gesellschaft und mir bestehen keinerlei finanzielle Beziehungen mehr.

Das ist für einen Minister selbstverständlich, und es ist nur bedauerlich, daß man bei solchen Anlässen genötigt ist, noch einmal hervorzuheben, daß man als anständiger Mensch das Selbstverständliche getan hat. (Beifällige Zustimmung.)

Abg. Collofer (Wirtsch.): Der Alte, Kranke, Sieche muß unterstützt werden, aber wir sind schon in dem Stadium der Sozialversicherung, wo Vernunft, Unfug und Wohlstand Plage wird. (Zustimmung der Wirtschaftspartei.) Der notleidende Reichshaushalt kann da nicht noch Geld hineinpumpen. Die Wirtschaft kann die immerfort steigenden Soziallasten nicht tragen; sie haben nur wieder Teuerung und Gehaltssteigerung im Gefolge. Die fehlenden 300 Millionen könnten auch anders aufgebracht werden, als durch Steuererhöhungen. Der Haushaltsrat verweist auf

das 1700-Millionen-Vermögen der Invalidenversicherung, die könnte auch beitragen, der Not des Reiches abzuhelfen.

Sparen ist die Parole, und Reform der Sozialversicherung. (Beifall der Wirtschaftspartei.)

Abg. Reil (Soz.):

Es ist komisch, wenn ausgerechnet ein Vertreter der Wirtschaftspartei die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei an das Verantwortungsgelüfte mahnt. Wo wäre die Wirtschaftspartei und diejenigen, die hinter ihr stehen, wenn die Sozialdemokratische Partei nicht in den schwersten Jahren der deutschen Geschichte stets in die Bresche getreten wäre, wo die Rat am größten war, und wo die Wirtschaftspartei keinerlei Verantwortung übernommen hat. (Andauerndes Geächel der Wirtschaftspartei.) Auch die Arbeiterfreundlichkeit des deutschnationalen Redners war komisch, wenn man sich erinnert, wie wenig Verständnis für die Arbeiterinteressen sonst bei dieser Partei anzutreffen ist.

Grundfalsch ist die Behauptung, daß wir den Arbeitern gelagert hätten, sie würden von den Reparationslasten freibleiben.

Ich hätte, uns auch nur eine solche Aussetzung vorzulegen! Herr Kademacher hat uns auch Unwahrhaftigkeit vorgeworfen, und das tut der Redner einer Partei, die ihren Anhängern verschweigt, daß der Young-Plan die Belastung Deutschlands in den ersten Jahren um 700 Millionen jährlich verringert, und daß ein Erfolg des Kampfes gegen den Young-Plan die furchtbare Krise über unsere ganze Wirtschaft verhängen würde. (Sehr wahr links.) Dann hat er noch gefragt, wo

das Dezemberprogramm der Reichsregierung

geblieben sei. Ja, weiß er denn nicht, daß seit der Reichssteuererträge erheblich zurückgegangen sind, die Arbeitslosigkeit rapide angewachsen ist, und daß diese ganze Situation verursacht ist durch den verlorenen Krieg, woraus sich die Rechnung ergibt, alles zu tun, um eine Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern. Wenn das Etatsjahr 1930 trotz der Reparationserleichterung dem deutschen Volk die Enttäuschung bringt, daß statt der in Aussicht gestellten Steuerentlastung zunächst eine steuerliche Mehrbelastung eintritt, so ist das außer den erwähnten Momenten auch auf

die falsche Finanzpolitik der letzten Jahre

zurückzuführen. Wir haben gegen die Erpedung phantastischer Hoffnungen auf Steuerentlastung schon beim Dezemberprogramm starke Vorbehalte gemacht. Unsere Zweifel haben sich als vollkommen berechtigt erwiesen. Schon im Januar d. J. hat der Reichsfinanzminister sich genötigt gesehen, zu erklären, daß das Dezemberprogramm nach Tempo und Umfang Änderungen erfahren müsse, und daß die Sanierung der Reichsfinanzen der Steuerentlastung vorgehen müsse. Dieser Erklärung haben wir ohne Einschränkung zugestimmt. Auch wir wünschden eine Steuerentlastung, aber bevor sie in Angriff genommen wird, müssen die Voraussetzungen dafür gegeben sein.

Die deutsche Steuerbelastung ist gewiß sehr schwer, aber das ist kein Wunder, da wir den größten Krieg der Weltgeschichte verloren und die größte Kriegsschadigung aller Zeiten zu tragen haben.

Steuerentlastung auf Kosten der ordnungsmäßigen Etatsbearbeitung wäre der schwerste Fehler. Die Sanierung der Reichsfinanzen und die Tilgung der schwebenden Schulden wird den öffentlichen Kapitalmarkt erleichtern und die Nachfrage nach Kapital unter günstigeren Bedingungen zu decken ermöglichen. Damit wird den Interessen der Gesamtwirtschaft ungleich mehr gegeben, als wenn phantastische Hoffnungen auf Steuerentlastung erweckt werden. (Beifällige Zustimmung der Soz.)

Während der Rede des Finanzministers hat Graf Westarp den Jurist „Hilferding-Platte“ gemacht. Draußen wird mit Behauptungen ähnlicher Art und von sozialdemokratischer Rühmwirtschaft Stimmung gegen unsere Partei zu machen versucht. Nun, der ehige Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, Dr. Oberländer, hat bei der vorjährigen Etatsberatung die Parole ausgegeben, mit einem offenen Verzicht abzuschließen. Was wäre das erst für eine Westarp-Platte geworden! (Sehr gut links.) Trotzdem aber ist es im Vorjahre gelungen, neue Einnahmen von 120 Millionen zu erschließen und echte Streichungen von etwa 100 Millionen vorzunehmen, also die Finanzlage des Reiches um mehr als 200 Millionen zu verbessern. Wenn trotzdem Schwierigkeiten entstanden und bestehende Schwierigkeiten größer geworden sind, so hat

die deutschnationale Fraktion kein Recht, Anklagen zu erheben.

Als sie maßgebende Regierungspartei waren, seit 1923 haben wir nicht einen einzigen nach den Vorschriften der Haushaltsordnung in sich ausgeglichenen Etat verabschiedet. Der einzige Etat, der innerlich ausgeglichen war, und noch einen erheblichen Ueberschuß hatte, war der Etat von 1924. Finanzminister v. Schlieben war 1925

eifrig befragt, für die Aufbringung der Reparationslasten zu sorgen, damit auch, wenn sie 1929 ihr höchstes Maß erreichen würden, Deckung vorhanden sei. Wären seine Nachfolger dabei geblieben, so würden wir in diese Schwierigkeiten nicht hineingekommen sein. (Sehr wahr!)

Der erste Versuch seit 1924, einen innerlich balancierten Etat aufzustellen, ist 1929 von Hilferding gemacht worden.

Daß dieser Versuch nicht vollkommen gelungen ist, liegt an der ablehnenden Haltung der Parteien, die sich keinen Steuerzuschlägen widersetzen. Dadurch sind die enorm angewachsenen Fehlbeträge entstanden, hinzu kam die Arbeitslosigkeit und die Verschlingung, 450 Millionen Schulden aus laufenden Mitteln zu decken. Auch ist das Staatsdefizit von 154 Millionen aus dem Jahre 1928 noch vorhanden. Vermehrung der Steuererinnahmen ist somit unabwendlich, jedoch können wir sie uns viel einfacher und sozial gerechter vorstellen, als die Regierung sie vorschlägt.

Unser Plan, einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer einzuführen, hätte die Lasten gerecht und gleichmäßig nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen verteilt;

er trug den Charakter eines vorübergehenden Notopfers und hätte im nächsten Jahr wieder aufgehoben werden können. Die breiten Volksmassen und auch der Reichspräsident haben diesem Plan zugestimmt. Er hat aber bei den anderen Mehrheitsparteien keinen Anklang gefunden.

Auch wir hoffen, daß die notwendige Steuerentlastung in absehbarer Zeit kommt. Aber wir raten davon ab, angesichts der wechselnden Verhältnisse, sich heute schon darauf festzusetzen. Kapitalbildung ist bei der Kapitalnot und dem Geldverlust infolge von Krieg und Inflation in Höhe von vielleicht 150 Milliarden notwendig für die Wirtschaft. Aber nur keine übertriebene Hoffnungen, daß jeder Pfennig Steuerentlastung der Kapitalbildung zugute käme. Vergessen Sie nicht die gewaltige Rolle, die die Kaufkraft der breiten Massen im Wirtschaftsprozeß spielt. Es gilt vor allem, zu überlegen, ob die zu ergreifenden Maßnahmen nicht die Kaufkraft und damit das ganze Wirtschaftsleben bedrohen. (Sehr wahr links.) Nicht nur aus Menschlichkeit und weil es sich um unschuldige Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems handelt, sondern auch aus allgemein wirtschaftspolitischen Gründen dürfen die sozialpolitischen Leistungen nicht verringert werden. Andernfalls würde die Konsumfähigkeit und Kaufkraft der Massen eingeschränkt und die Wirtschaftsnote nur noch gesteigert werden.

Wir werden im Ausschuß sorgfältig auf den Schutz der Verbraucherbedürfnisse bedacht zu sein haben. Unser Vorkurs wird heute und künftig sein, daß ohne kaufkräftige Verbraucherbedürfnisse und ohne leistungsfähige Arbeiterkraft es keinen Aufstieg der deutschen Wirtschaft geben kann. (Beifälliger Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Jöhr (Z.): Die Sanierung ist dringend notwendig; um sie parlamentarisch vorzunehmen, ist schnelle Erledigung erforderlich. Erst danach kann an Steuerentlastungen gedacht werden.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.): Erst wenn durch Beschränkung der Ausgaben und erhebliche Steuerentlastung die Wirtschaft neu angefaßt ist, kann die finanzielle Gesundung von Reich, Ländern und Gemeinden eintreten. Es ist eine Schwäche der jetzigen Vorlage, daß sie bestimmte Teile des Hilferding'schen Steuerentlastungsprogramms nicht enthält.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Wir sind bereit, die Sanierungsmaßnahmen zu beschließen, hatten aber entschieden auf der Steuerentlastung fest.

Abg. v. Sybel (Chr.-nat.): Der Minister hat sich persönlich verteidigt. Unsere Kritik ist nicht persönlich, wir bekämpfen das ganze System. Die Bauern müssen nur deshalb Reichsschiffe verlassen, weil man ihnen das Recht auf Erbsitz genommen hat. Die landwirtschaftlichen Organisationen bemühen sich, die große Erregung ihrer Mitglieder zu mäßigen. Bei dem jetzigen Ausmaß der Not wird es uns nicht möglich sein, diese Politik lange fortzusetzen.

Abg. Dr. Horlacher (Bayer. Sp.) betont die Notwendigkeit der Sanierung, bekämpft hart die Biersteuererhöhung fordert Abschaffung der Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Werte und Umwälzung der Steuer auf die Einfuhr.

Abg. Gaudöcker (Bayer. Bauern.) protestiert gleichfalls gegen die Biersteuererhöhung, die die Großbrauer bevorzugen und das Entstehen von Konkurrenzbrauereien auch genossenschaftlicher Art verbietet. Er schildert die Notlage der Kleinbauern und verlangt Einfuhrzölle für Weizen und Gerste. Auch die Mineralwassersteuer ist untragbar und trifft sogar die Kranken, denen der Arzt andere Getränke (gemeint ist: als Bier) vorschreibt. Der Rührstand darf nicht zugrunde gehen. (Beifall.)

Damit schließt die Beratung. Die Vorlagen gehen an den Steueraussschuß.

Nächste Sitzung Montag, den 24. d. M., 15 Uhr: Kleine Vorlagen, Agrarzolländerungen, Weisemonopol, Kaffee- und Teezoll.

Notetat 1930.

Ermächtigung bis 30 Juni 1930.

Infolge der Verzögerung der Entscheidung über den neuen Haushaltsplan war es der Reichsregierung nicht möglich, den Haushaltsentwurf für 1930 rechtzeitig vorzulegen. Der Entwurf ist erst am 8. März dem Reichstag vorgelegt worden, so daß er dem Reichstag frühestens kurz vor Ostern zugehen wird. Zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung und zur Erfüllung der Aufgaben des Reiches bedarf die Reichsregierung gewisser Ermächtigungen. Diese Ermächtigung wird in dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 angefordert. Der Entwurf sieht vor, daß die Reichsregierung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 die notwendigen Ausgaben bis zu einem Viertel der für das Rechnungsjahr 1929 bewilligten Beträge leisten kann. Von diesen Bestimmungen werden nur ganz wenige im Gesetzentwurf aufgezählte Ausgaben ausgenommen.

Abstimmungen im Landtag.

Kurze Beratungspause.

Die Mittwochsitzung des Preussischen Landtages wurde in ihrer vierstündigen Dauer fast ganz mit Abstimmungen ausgefüllt. Zunächst wurde ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Wohlfahrtsminister Hirtfelder abgelehnt.

Hierauf wurden die Abstimmungen zum Handelsetat nachgeholt. Die Mehrheitsparteien setzten mit 40 Stimmen Majorität durch, daß die Ausbildungszeit der künftigen Handelslehrer auf sechs Semester Unversitätsbesuch festgelegt wurde.

Hierauf wurden Grundvermögens- und Hauszinssteuer in zweiter Lesung genehmigt, und endlich wurde das neue Fideikommiß-Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet.

Der Landtag macht jetzt eine kurze Pause; er wird vor Ostern noch die drei Realsteuern: Hauszinssteuer, Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer erneuern und den Justiz- und Kultusetat durchberaten.

Deutsch-russische Gespräche.

Litwinoff - Dirlen. — „Prawda“ — „Vorwärts“.

Nach der Abreise des Außenministers Curtius von Berlin sind, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ zu melden weiß, die hier begonnenen Besprechungen zwischen dem deutschen Botschafter in Moskau, v. Dirlen, und dem Außenkommissar Litwinoff fortgesetzt worden. Dabei soll sich Herr Litwinoff besonders über den „Vorwärts“ und den „Sozialdemokratischen Pressedienst“ be-schwert haben.

Wir werden uns über die Russland-Politik des „Vorwärts“ bei Gelegenheit noch ausführlich äußern und be-schränken uns für heute auf drei Feststellungen: 1. Die Rus-sland-Politik des „Vorwärts“ hat sich bis zum heutigen Tage noch nie mit der Regierungspolitik in voller Überein-stimmung befunden. 2. Der „Vorwärts“ ist stets für ein gutes Verhältnis zu Russland eingetreten unter der einzigen Vor-aussetzung, daß sich Russland nicht in die innere deutsche Politik einmische. 3. Der „Vorwärts“ hat stets alle Inter-ventionspläne mit derselben Konsequenz belächelt wie ihr lächerliches Gegenstück, die nationalbolshewistischen Bündnis-phantasien.

Nach einer Meldung des „Tsch“, des offiziellen russischen Tele-raphenbüros, halten die „Iswestija“ die Antwort des Reichsaußenministers Curtius auf die demokratische An-frage im Reichstage für ungenügend und unklar. Das Blatt bemerkt: „Es ist jetzt mehr denn je notwendig, daß die deutsche Regierung sich eindeutig über ihre Haltung äußere, die sie wahren werde.“ Die „Prawda“ erklärt angesichts der in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchte über ange-blich bevorstehende Verhandlungen über die Fragen der Tätig-keit der Komintern und der Anpassung der Wirtschaftsver-träge an die gegenwärtige Situation, daß die Sowjetregie-rung bisher niemals irgendwelche Verhandlungen über die Tätigkeit der Komintern gepflogen habe und auch fernerhin nicht pflegen werde. Ebenso unverständlich sei es, welche politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Sowjetsituation der deutschen Regierung die Revision der bestehenden Wirtschaftsverträge diktieren. Das Blatt erklärt, falls Deutschland auf dem Boden der Sowjetökonomie ge-standen und nicht auf eine kapitalistische Restauration gehofft habe, müsse die gegenwärtige Situation als innere Angelegen-heit der Sowjetregierung betrachtet werden. Sollte die deutsche Regierung dem Beispiel Henderson folgen und von einer Identität der Komintern mit der Sowjetregierung sprechen wollen, so würde ein derartiger Schritt als Ueber-gang Deutschlands zur offen feindseligen Haltung gegenüber der Sowjetunion gewertet werden.

Über die Identität der Komintern mit der russischen Re-gierung leugnet, der nimmt „eine offen feindselige Haltung“ gegen die Wahrheit ein. Die „Prawda“ stellt also die deutsche Regierung vor die Wahl, entweder die offenkundige Wahrheit zu verleugnen oder sich zu einer „Feindin der Sowjetunion“ erklären zu lassen — so wie das der englischen Arbeiterregierung passiert ist, obwohl sich diese im Gegen-satz zu ihrer konservativen Vorgängerin um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen ehrlich bis zur Selbstaufopfe-rung bemüht hat. Nun braucht die deutsche Koalitionsregie-rung nicht den Ehrgeiz haben, bolschewistenfeindlicher zu erscheinen als die englische Arbeiterregierung. Die Sozial-demokratische Partei Deutschlands wenigstens hat sich längst mit den Tatsachen abgefunden: Bannflüche aus Mos-kau lassen sie völlig kalt.

KPD-Zaktif.

Kommunisten verschwinden — Mittläufer erhalten Diebe.

Dresden, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Hälfte der bei den jüngsten Dresdener Unruhen ver-hafteten Personen sind nach den Feststellungen der Polizei Leute, die schon wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen verurteilt sind. Bekannte Kommunisten wurden auch bei den Dresdener Unruhen von der Polizei nicht gefaßt. Dieses Rätsel findet seine Lösung durch eine Mitteilung der „Dresdener Volks-zeitung“, nach der sich der 28 Jahre alte kommunistische Funktionär Oskar Hennig, der zweimal zu Kurzen in Russland weilte, wie folgt geäußert hat: „Von unseren Leuten gerät feiner in die Hände der Polizei. Durch ein Rundschreiben der Partei ist allen Mitgliedern der KPD, befohlen, sich bei Zu-sammenstößen mit der Polizei sofort aus den Demon-strationszügen zurückzuziehen und zu verschwinden.“ Als Opfer der KPD-Zaktif sind also die unorganisierten Erwerbs-losen von der kommunistischen Führung auserselbst.

Der Presseberichterstatter Paul Kießling ist inzwischen ein Opfer der Dresdener Unruhen geworden. Er erhielt bei der Ausübung seiner Berichterstattungstätigkeit von einem Polizei-beamten im Gedränge einen Hieb mit dem Gummiknüppel. Da Kießling zu erkrankt war, ist er den Folgen dieser Verletzungen erlegen.

Knallfrösche gegen Kirchenprotest.

Zw. Schenkfälle in einer Versammlung.

Prag, 19. März.

Die für Dienstagabend von der tschechisch-katholischen Arbeiter-organisation einberufene Versammlung gegen die Kirchenpolitik der Komintern verlief außerordentlich stürmisch. Trotz der Polizei-vorbereitungen gelang es zahlreichen Kommunisten einzudringen. Kurz nachdem Erzbischof Dr. Kordatsch das Wort ergreifen wollte, rief ein nahe beim Vortragspult stehender Mann: „Es lebe Sowjetrußland!“ Sofort wurde er von Ordnern gepackt und hinaus-gedrängt. Von der dichtbesetzten Galerie wurden Steinbomben und Knallfrösche geworfen. Der Wirrwarr wurde durch das Erscheinen der Polizei noch vergrößert. Immer wieder knallten an verschiedenen Stellen Frösche, das beinahe eine Panik hervorrief, da zahlreiche Frauen meinten, es werde geschossen. Schließlich gelang es dem Erzbischof, seine Rede fortzusetzen.

Das Paradies der Komitatschi.

Sofia, 19. März. (Eigenbericht.)

Der englische, der französische und der italienische Gesandte forderten von der bulgarischen Regierung auf Anordnung ihrer Re-gierungen strengste Maßnahmen gegen die mazedonischen Unruhe-stifter. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die von der bulgaris-chen Presse in den letzten Tagen gemeldeten Verhaftungen maze-donischer Komitatschi nicht erfolgt sind und die bulgarische Regie-rung bisher keinerlei Maßnahmen gegen die mazedoni-schen Unruhestifter ergriffen hat.

Das Zeichen des Verra's.

Der Landtagsabg. R. Verra wurde, als er das Grab 'ei so Vato' besuchte, von Kommunisten mißgeschickelt und schwer verletzt.



„Er ehrt das Andenken seines Vaters. Ein Zeichen seines Verrats, da wir Kommunisten das Andenken unserer Väter besudeln!“

Arbeiterpartei / Fraktionsdisziplin.

Neuer Vorstoß der schottischen Rebellen / Heftige Debatte in der Unterhausfraktion

London, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Fraktion der Arbeiterpartei beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Partei- bzw. Fraktionsdisziplin. Die durch das selbständige Vorgehen der unter Führung Maxtons stehenden Clyde-Gruppe in ernste Gefahr geraten ist.

Unmittelbaren Anlaß zu der Auseinandersetzung gab die Unter-hausdebatte vom Dienstag über den Etat des Luftministe-riums, in deren Verlauf die schottischen Rebellen, unterstützt von einigen anderen Abgeordneten (darunter einem Sohn des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin) einen Antrag ein-brachten, der eine sofortige Abschaffung der Luftflotte forderte. Wie der Fraktionsvorsitzende Snell betonte, haben sich die Antragsteller mit diesem Verbesserungsantrag und einem ähnlichen Antrag, der sich auf die Bewaffnung zu Lande bezieht, in Gegen-satz zum Parteiprogramm gestellt, das die Ab-rückung auf Grund eines internationalen Ab-kommens fordert.

In der Diskussion erklärte der intellektuelle Ueberer der Oppo-sitionsopposition, Whalley, daß die englische Gewohnheit der Alleinverantwortlichkeit des Kabinetts unvereinbar sei mit der Politik einer Arbeiterpartei, die der Partei oberstes Be-stimmungsrecht über die Politik einräumt.

Henderson wandte sich mit scharfen Worten gegen die Politik der Opposition. Die Arbeiten der Regierung, so betonte er, würden durch die Obstruktion einer Minderheit erschwert, die sich nicht scheue, ihrer Kritik öffentlich in Zeitungen Ausdruck zu verleihen. Kritik müsse innerhalb der Partei aus-

geübt werden. Die Politik der Regierung halte sich übrigens an das Parteiprogramm.

Die Fraktion beschloß, jedem Abgeordneten als Grundlage für kommende weitere Erörterungen die Parteitagsbeschlüsse von 1929 über Parteidisziplin überreichen zu lassen.

Unmögliche Kompromißformeln.

Um die „Parität“ zwischen Frankreich und Italien.

London, 19. März. (Eigenbericht.)

Die unfruchtbare Suche nach einer erlösenden Formel, durch die die Flottenkonferenz gerettet werden könnte, dauert un-vermindert an. Die neueste Phase dieser Erörterungen scheint darin zu bestehen, die französisch-italienischen Schwierigkeiten durch eine, nur als grotesk zu bezeichnende Auslegung des Grund-satzes der Parität zu überwinden. Nach diesen neuen Gedanken sollen die italienischen und französischen Schiffstärken bzw. Programme durch Addition von älteren, teilweise längst unbrauchbar gemachten Kriegsschiffen „aufgefüllt“ werden — wie man in England sagt —, bis man auf dem Papier eine Parität hergestellt hat. Während es Frankreich gestattet sein soll, die alte Tonnage durch neue zu ersetzen, soll sich Italien verpflichten, die alte Schiffs-tonnage nicht zu erneuern.

Es gehört keine große Prophezeiung dazu, auch diesem Ge-dankengang, wie viele ähnliche in den letzten Tagen ein Begräbnis in den Aktenbüchern der Konferenz innerhalb der nächsten 24 Stunden vorauszusagen.

Schulleiter gegen Fried.

Eine Erklärung der Weimarer Direktoren.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht.)

Die ministerielle Tätigkeit des Putschisten Fried stößt in allen Schichten der thüringischen Bevölkerung mehr und mehr auf Widerstand. An der Spitze dieser Widerstandsaktion marschiert zunächst die höhere thüringische Lehrerschaft, die sich fast ausschließlich aus rechts eingestell-ten Persönlichkeiten zusammensetzt. Am Mittwoch sind zu-nächst die Weimarer Schuldirektoren mit einer Er-klärung gegen die Regierungsmethoden des Putschisten Fried vor die Öffentlichkeit getreten, die auch innerhalb der Regierungsparteien einen außerordentlich starken Eindruck gemacht haben soll. Die Direktoren wenden sich vor allem gegen die Beteiligung von Schülern an rechtsradikalen Straßenun-gebungen und beziehen sich in erster Linie auf eine Rundgebung der Hitler-Jugend gegen den Young-Plan am vergangenen Sonnt-ag in Weimar. Wörtlich heißt es dann in der Erklärung weiter:

„Der Aufruf zu der Rundgebung war mit an erster Stelle von der Hitler-Jugend und dem Nationalsozialistischen Studentenbund, also ausgesprochen parteipolitischen Organi-sationen, unterzeichnet. Da § 26 Absatz I der staatlichen Schul-ordnung die Teilnahme an Veranstaltungen parteipolitischer Ver-einigungen ausdrücklich nur den wahlberechtigten Schülern gestattet, hätten wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere Schüler vor der Beteiligung der vom Volksschulungsministerium erst kürzlich wieder als rechtskräftig anerkannten Bestimmungen des § 26 Absatz I zu schützen.“

Ein Schüler der hiesigen höheren Schule hat, nachdem das Direktorium das Verbot verkündet hatte, dem Herrn Volksschulungs-minister durch Vermittlung einer Zwischenstelle sofort hiervon Nachricht zukommen lassen, und dieser hat unsere An-ordnung daraufhin ohne weiteres aufgehoben. Wir müssen mit größtem Ernst und mit vollem Gefühl unserer Verantwortlichkeit gegen die von uns anvertraute Jugend und deren Eltern aus-sprechen, daß eine solche vor vollkommener Öffentlichkeit geübte Kritik unserer durch Pflicht und Gewissen gebotenen Maßnahmen die Zerstörung der Auto-rität der Schule bedeutet. Wir sehen im Bunde mit unseren Schulkollegen alle Kraft daran, unsere Schüler zu nation-aler Gesinnung und zu staatsbürgerlichem Pflichtgefühl zu er-ziehen. Die Erfüllung unserer Aufgabe wird uns aber unmöglich gemacht, wenn für unsere Amtsführung nicht mehr in erster Linie die Bedingungen der Schule, sondern die Bedürfnisse

wesensloser Parteipolitik maßgebend sein sollen, und wir sehen uns daher gezwungen, die Verantwortung für den Geist, der künftig an den uns unterstellten Schulen herrschen wird, abzulehnen.“

Groener war es selbst!

Die Aufdeckung der Vorfälle in der Reichswehr.

In der Presse ist eine Nachricht verbreitet worden, daß nicht der Reichswehrminister, sondern der Reichsminister des Innern als erster von den Verbrechen der jetzt verhafteten jungen Offiziere, sich im nationalsozialistischen Sinne zu betätigen, Kenntnis bekommen habe. Diese Nachricht ist vollkommen unrichtig. Tatsächlich ist die Meldung von diesen Vorgängen aus der Truppe an die zuständigen Vorgesetzten gegangen und von diesen auf dem schnellsten Wege dem Chef H. S. und dem Reichswehrminister weitergegeben worden. Nach einer ersten internen Untersuchung hat der Reichswehrminister die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt übergeben. Der Oberreichsanwalt hat dann erst dem Reichsminister der Justiz von dem Sachverhalt Kenntnis ge-gaben. Der Reichsminister hat erst durch diesen Umstich in die Akten bekommen.

Die Agrarvorlagen im Reichstag.

Noch weitergehende Anträge der Grünen Front

Die Initiativgesetze der Regierungsparteien über die Zolländerungen bei Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Mehl, Reis, Zucker und Mais sind im Reichstag entsprechend der gefestig-ten Verständigung eingebracht worden. Im Wirtschafts-tell geben wir eine eingehende Darstellung und Kritik der neuen Pläne, bei deren Ausarbeitung die Sozialdemokratie den Schutz der Verbraucher besonders in den Vordergrund stellte.

Die Deutschnationalen und auch die Bauern-gruppen haben erheblich weitergehende Gesetzesanträge gestellt. Ueber sämtliche Gesetzesentwürfe wird im Reichstag wohl schon in der nächsten Woche entschieden werden.

Während der Gerichtsverhandlungen gegen den Bürgermeister von Kalkutta, Bengalia in Kanton, wurden vor dem Justiz-gebäude allerlei Gegenstände auf die Polizei geworfen; mehr als hundert Personen, darunter 30 Polizeibeamte und eine angegebene indische Persönlichkeit, wurden verletzt. Erst Militärpolizei zer-streute die Menge.

Die ganze Wirtschaft.

Gegen das Berufsausbildungsgesetz.

Der Arbeitgeber berichtet:
„Die wirtschaftlichen und sozialen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, nämlich der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag und der Deutsche Industrie- und Handelsrat haben eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher sie zu dem gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes Stellung nehmen und entsprechende Anträge zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs stellen.“
Anlaß zu der Stellungnahme hat, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken dagegen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt eine derartige auch organisatorisch schwierige Aufgabe in Angriff genommen wird, die Tatsache, daß der Reichstag und die Reichsregierung den begründeten Klagen der Arbeitgeberverbände der Wirtschaft und auch den Vorschlägen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats in wesentlichen Punkten nicht Rechnung getragen haben.
Insbesondere richtet sich die Eingabe gegen die Einbeziehung der Jugendlichen und dagegen, daß der Gegenwart nicht genügend dem Standpunkt, daß die Berufsausbildung ein Erziehungsverhältnis und nicht ein Arbeitsverhältnis ist, Geltung verschafft.
Es besteht nach dem Gesetzentwurf die Gefahr, daß das Lehrlingswesen im Bereiche wirtschaftlicher Wirtschaften verbleibt, wodurch ein wesentlicher Teil des mit dem Gesetz verfolgten Zweckes nicht erreicht würde.“
Also überhaupt und insbesondere. Die schwierige Aufgabe ist bekanntlich nicht erst „im gegenwärtigen Zeitpunkt“ unternommen,

sondern seit Jahren verschleppt und nun allerdings in Angriff genommen worden. Das erscheint den gesamten Interessenten an der Ausnützung der jugendlichen, billigen Arbeitskräfte noch stark verfrüht. Sie möchten am liebsten das bisherige Ausbeutungsverhältnis bereinigt wissen und arbeiten Hand in Hand.
Das Lehrlingswesen ist an der „Erziehung“ der jugendlichen Arbeiter so wenig interessiert wie etwa der Reichsverband der Deutschen Industrie an der Bekämpfung der Lehrlingszucht. Die beiderseitigen Interessen, die der Industrie an der uneingeschränkten Verfügungsfreiheit über die jugendlichen Arbeiter, und die des „deutschen Handwerks“ an deren Ausnützung als Lehrlinge führen die ganze „Wirtschaft“ als Interessengemeinschaft der Sozialreaktion zur weiteren Verschleppung der längst notwendigen Reform der Berufsausbildung zusammen.
Die Gefahr besteht, daß es der ganzen Wirtschaft vom Schwerindustriellen bis herab zum Unternehmer mit einem Lehrling und keinem Gefellen gelingt, diese Reform zu hemmen, die sie auf die Dauer nicht verhindern können. Das Vorgehen des Unternehmers in dieser Frage zeigt deutlich als alles andere, daß das Lehrlingswesen infolge der Lehrlingsausbeutung längst in den Bereich der Wirtschaftskämpfe mit einbezogen ist und durch die Fiktion des Lehrlingsverhältnisses als eines Erziehungsverhältnisses nicht mehr daraus zu verdrängen ist.
Selbstverständlich, daß die Gewerkschaften sich gegen diesen Vorstoß zur Wehr setzen und die parlamentarische Erledigung des Entwurfs zum Berufsausbildungsgesetz fordern.

Die Streikschußkasse der Unternehmer.

Der Reservefonds aufzufüllen.

Der Deutsche Streikschuß e. V., Berlin W. 62, Burggrafenstraße 11, die Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverluste, hielt seine Haupttagung am 18. März unter dem Vorsitz des Generaldirektors Dr. Bürgen ab.
Der Geschäftsbericht brachte eine Uebersicht über die Entwicklung der Gesellschaft während der 20 Jahre ihres Bestehens, aus der sich ergibt, daß der Deutsche Streikschuß gerade in den letzten drei Jahren einen außergewöhnlich starken Mitgliederzuwachs gehabt hat, so daß sich die Jahresbeitragsaufnahme in diesem Zeitraum verdreifacht habe.
Der Abschluß für das Jahr 1929 läßt einen starken finanziellen Rückgang erkennen, der besonders in der Aufkündigung des Reservefonds zum Ausdruck kommt.

Freyer muß es wissen.

Was längst stadtbekannt und gerichtsnotorisch ist.

Arbeiterratsvorsitzender Freyer: „Ich bestreite, daß der Landtagsabgeordnete Deter in der Betriebsversammlung der BVO-Gesellschaft am 6. Februar anwesend war.“
Vorsitzender des Arbeitsgerichts: „In der „Rote Fahne“ vom 7. Februar befindet sich ein Bericht über diese Versammlung, wonach Deter hier referiert und eine Entschädigung zur Annahme gebracht hat.“
Freyer: „Die „Rote Fahne“ ist nicht maßgebend, die bringt öfter Lügenberichte.“
Wer die Lüge als Kampfmittel behauptet, muß öfter Lügenberichte bringen, auch auf die Gefahr hin, selbst von seinen Freunden als nicht maßgebend erklärt zu werden, wenn es um die Feststellung der Wahrheit geht.

Ordnung im Hamburger Hafen.

Die „Opposition“ unten durch!

Hamburg, 19. März. (Eigenbericht.)
Die Kommission haben bei den Wahlen zu den Gewerkschaftsfraktionen und zu den Betriebsräten für den Hamburger Hafenbetrieb eine schwere Niederlage erlitten. In einigen Hafenarbeitergruppen, in denen sie bisher einen gewissen Anhang besaßen, haben sie nunmehr völlig ausgeblüht.
Wurden bei den Erwerbslosen und Schauerleuten, den Schiffsreingehern, den Speicherarbeitern, den Kohlenbunkerleuten, den Dualarbeitern und den Lagerhausarbeitern nur Kandidaten der Amsterdamer Richtung gewählt. Es steht nur noch die Wahl kleiner Gruppen, wie der Ladungskontrolleure und der Holzplaharbeiter, aus. Sie dürften für die freien Gewerkschaften ebenfalls günstig ausfallen.
Der Hamburger Hafenbetrieb, der etwa 18 000 bis 20 000 Arbeitern Beschäftigung bietet, wird also in Zukunft organisatorisch vollkommen von den freien Gewerkschaften erfüllt werden.

Kommunistischer Sieg bei der Agfa.

Drei Gewerkschaftsmandate anstatt zwei.

Der Sieg bei den Betriebsratswahlen in der Agfa, Berliner Betrieb der A. G. Farbenindustrie, den die „Rote Fahne“ in großer Aufmachung verkündet, besteht darin, daß auf die Liste des Fabrikarbeiterverbandes im vorigen Jahre zwei Mandate entfielen, jetzt aber drei. Infolge besonderer Umstände schieden die beiden Amsterdamer Betriebsräte vor Ablauf ihrer Wahlzeit aus dem Betriebe aus, so daß der Betriebsrat der „Gewerkschaftsopposition“ das Feld ganz allein beherrschte.
So kam es, daß jetzt im Wahlbüro kein Mitglied der freien Gewerkschaften vertreten war und der kommunistischen Wahlmasse Tür und Tor offen stand. Die gegen den Fabrikarbeiterverband mit Hochdruck betriebene Hege, bei der insbesondere der Schwandel eine große Rolle spielte, der Verband beteiligte sich als Aktionär des A. G. Farbentrüsts an der Ausbeutung der Chemiewerker, konnte nicht mehr überboten werden.
Die SPD. hatte den Apparat in Händen und konnte dennoch die Gewerkschaftsliste nicht ganz beiseite schieben. Den Gewerkschaftsfeinden wird man jetzt schärfer auf die Finger sehen müssen.

Der Spiegel als SPD-Kandidat.

Die Feststellung in der Dienstaussage des „Vorwärts“, zu der sich die freigewerkschaftlichen Kandidaten zur Betriebsratswahl in der Schultze & Brauer, Abteilung Stromstraße, geäußert haben, daß die SPD-Opposition einen Kandidaten auf-

gestellt hat, den die SPD. selber vor einigen Jahren als Spießgeburtsmarkt hat, ist den „An-die-Wand“-Helden nicht angenehm.
Das Moskwa-Blatt weiß kein Wort dazu zu sagen und sucht sich in seiner Verlegenheit mit der Beschimpfung der organisierten Betriebsratsmitglieder zu helfen.
Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Dähne soll einen Kollegen bei der Direktion demütiert haben. Das ist nicht wahr! Dem SPD-Betriebsrat Kander wird nachgesagt, er habe bei einer Kartoffellieferung die schlechten Kartoffeln den Arbeitern gegeben, die guten aber höheren Angestellten. Auch das ist gelogen!
Den Triumph aber spielen die Moskauer gegen den freigewerkschaftlichen Rickmann aus, was sie schon in der Ueberschrift ankündigten: „Ballistener SPD-Betriebsratsmitglied.“ Rickmann hat niemals irgendwelche Gemeinshaft mit den Ballistenern oder ähnlichen Geistesgenossen gehabt, was jedoch die kommunistischen Herrschaften nicht hindert, ihn als ehemaligen Angehörigen der Ballistenertruppen, als Arbeiterverläugner zu beschimpfen.
Wenn die Schultze & Brauer-Arbeiter von Nord-West sich durch die lausdicken kommunistischen Lügen nicht prellen lassen wollen, dann geben sie den Spießgeburtsdaten der SPD, den Verleumdern und Gewerkschaftsfeinden, diesen Elementen, bei der Wahl am Sonnabend wirklich einen Tritt, und zwar recht kräftig.

Die Reichsbahn spart.

Auf Kosten der Arbeiter.

Die Reichsbahndirektion verdrängt unter dem 3. März, daß auf dem Ausgabebetrag achthundert „Tagewerkslöcher“ eingespart werden müssen. Einem Teil der 800 Mann wurde Arbeit angeboten als Zeitarbeiter in den Bahnhofsstellen. Nun ist aber nicht jeder Arbeiter für den Bahnhofsstellenbesitz geeignet. Also wurden die Ungeeigneten entlassen. Dabei ist bei vielen anderen Dienststellen Arbeit genug. Sonst wäre es nicht möglich, daß auf Güterabfertigungen, auf denen ebenfalls mit Entlassungen vorgegangen war, die Betriebsräte 25 Proz. Ueberdienst über ihr Bestmögliches durch Ueberstunden erreicht hat. Vom Achtstundentag ist weder im Eisenbahnbetrieb noch im Eisenbahnverkehr die Rede.
Der Betriebsbetriebsrat hat sich in seiner Vollversammlung am 12. März mit der geplanten Personalverminderung befaßt und seine Auffassung in einer Entschädigung niedergelegt, die besagt:
„Der Betriebsbetriebsrat ist der Auffassung, daß die Reichsbahngesellschaft als öffentliches Unternehmen verpflichtet ist, auch in Zeiten niedrigerer Konjunktur Entlassungen von Personal zu vermeiden. Wenn auch die Vermehrung versucht, die Entlassungen in den Bahnhofsstellen unterzubringen, so besteht die Gefahr, daß diese Kollegen im Herbst zur Entlassung kommen.“
Der Betriebsbetriebsrat fordert von der Reichsbahndirektion, daß bei dem in Aussicht stehenden Wiederaufsteigen des Verkehrs die zu den Bahnhofsstellen abgegebenen Kräfte reiflos wieder ihren alten Betrieben zugeführt werden.
Um ein bestehendes Verhältnis zwischen Arbeitsanfall und Arbeitsleistung zu bewahren, fordert der Betriebsbetriebsrat als berufliche Vertretung der Kollegen die sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit im Werkstattbetrieb und Verkehr auf acht Stunden täglich.
Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens darf nicht auf Kosten von Gesundheit und Leben des Personals herbeigeführt werden. Es sind vielmehr alle unproduktiven Ausgaben, zum Beispiel für Bahnzüge, Leistungszulagen, Sportvereine sofort einzustellen.“

Verbrecherischer Spaltungskurs.

Schluß damit!

Mit der sinnlosen Balkenüberschrift: „SPD. hat Angst vor Abstimmung über Mandatar“ berichtet die „Rote Fahne“ über eine Heldentat der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ in der letzten Mitgliederversammlung der graphischen Hilfsarbeiter. Der Verband hatte einige Mitglieder ausschließen müssen, die sich an dem Spaltungskurs der SPD. als Delegierte beteiligten. Die „Opposition“ setzte den Beschluß durch, die Ausschlußbeschlüsse zu der Mitgliederversammlung zuzulassen, worauf die Ortsverwaltung die Versammlung aufhob.
„Der Ortsvorstand hat diese Versammlung gesperrt aus Angst vor der erschütternden Schlappe bei der Abstimmung über den Mandatar.“
Die Annahme des Mandataris hängt nicht von der Ablehnung oder Zustimmung einer Berliner Mitgliederversammlung ab. Das SPD.-Blatt, das tagtäglich den verbrecherischen Spaltungskurs gegen die Gewerkschaften betreibt, bringt es dann fertig, die graphischen Hilfsarbeiter aufzufordern, in den Betrieben sofort Stellung zu nehmen gegen diesen verbrecherischen Spaltungskurs!
Es scheint nach dieser kommunistischen Versammlungssperrung allerdings die Zeit gekommen, daß die freigewerkschaftlich organisierten graphischen Hilfsarbeiter sich gegen diesen verbrecherischen Spaltungskurs der SPD. wenden.

170 000 Mitglieder.

Im Deutschen Landarbeiterverband.

Abgesehen von der Inflationszeit hat die freigewerkschaftliche Organisation des Landproletariats jetzt einen Stand erreicht wie nie zuvor: 170 000 Mitglieder. Gegenwärtig man sich den Unterschied zwischen der Gewerkschaftsagitation in den Industrieorten und der ungleich schwereren Agitation auf dem Lande, dann muß man der Ausbreitung des Deutschen Landarbeiterverbandes alle Achtung zollen.

Diese Schlappe in der freigewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter ist trotz scharfer Bekämpfung durch die Grundherren, durch die SPD. und sonstige Gegner erreicht worden. Der Verband steht fest, doch er steht nicht still und wird zunächst die an 200 000 Mitgliedern fehlenden Landarbeiter heranziehen.

Es wird gefeiert!

Und dafür muß gehungert werden.

Hamburg, 19. März.
Die Arbeitslage auf der August-Thyssen-Hütte hat sich wieder verschlechtert. Infolge anhaltenden Auftragsmangels wird in dieser Woche in zahlreichen Abteilungen des großen und modernen Werks gefeiert, in einzelnen Abteilungen sogar mehrere Tage bzw. bis auf weiteres.
Auch die Zeche Reumühl, die am 15. März wegen Auftragsmangel 400 Bergleute kündigte, hat für heute wieder eine Feiertagsliste in allen Betrieben über und unter Tage eingelegt.

Textilarbeiterausperrung.

Bei der C. O. Hoffmann A. G. in Neugersdorf.

Weil sich die Rauher einen ihnen zugemuteten Lohnabzug nicht gefallen ließen, sperrte die Firma C. O. Hoffmann A. G. in Neugersdorf am Montag aus. Der Lohn für die Rauher ist tariflich geregelt. Er beträgt gegenwärtig 77,8 Pf. für die Arbeit an einer Maschine.
Seit Jahren besteht eine Vereinbarung mit der Firma, wonach Rauher, die zwei Maschinen bedienen, einen höheren Lohn erhalten. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die aber von der Firma nicht mehr anerkannt wird. Sie kündigte vielmehr die Vereinbarung und ab Montag, den 17. März, sollte ein um 7,8 Pf. geringerer Lohn gezahlt werden.
Da die Rauher sich mit dem diktierten Lohnabzug unter keinen Umständen einverstanden erklären konnten, arbeiteten sie nur auf einer Maschine. Daraufhin gab die Firma durch Anschlag bekannt, daß alle Rauher, die nicht zwei Maschinen zu dem verkürzten Lohn bedienen, bis 11 Uhr den Betrieb zu verlassen haben.
Die Arbeiterschaft wird gebeten, Arbeitsangebote der Firma Hoffmann in Neugersdorf unter allen Umständen abzulehnen.

In Dänemark streiken 3000 Arbeiterinnen.

Damit werden auch 3000 Arbeiter arbeitslos.

Kopenhagen, 19. März. (Eigenbericht.)
In der Eisenindustrie sind 3000 Arbeiterinnen in den Zustand getreten, nachdem sie den von dem offiziellen Schiedsrichter vorgelegten Vermittlungsvorschlag, der nur geringe Erhöhungen des Minimumlohnes vorsieht, abgelehnt hatten. Durch den Streik werden auch 3000 männliche ungelernete Arbeiter in der Eisenindustrie arbeitslos. Außerdem steht, wie der Verband der ungelerneten Arbeiter dem Arbeitgeberverband mitgeteilt hat, ein Streik von 18 000 Arbeitern vor der Tür.

SPD.-Metallarbeiter!
Freitag, 19. März, in den Sophienhallen, Sophienstr. 17-18, Ersatzsaal.
Tagung des SPD.-Metallarbeiterverbandes zur Generalversammlung.
Erdbeben notwendig. Ohne Parteizugang kein Zutritt.
Der Parteivorstand.

Birkow-Krankenhause. Freitag, 19. März, 19. Uhr, Versammlung aller SPD.-Genossinnen und -genossen im Lokal Röhder Str. 7. Wichtige Tagesordnung. Alle Genossen müssen erscheinen.

Verband der Maler, Lackierer, Malerinnen, Malerinnenvereine etc. Freitag, 19. März, im Gewerkschaftshaus, Sophienstr. 17-18, Saal 4. Sitzung zu den Lohn- und Tarifverhandlungen. Referent: Bezirksleiter Otto Schwenn. Jeder Parteimitglied hat die Pflicht, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ohne Mitgliedschein kein Zutritt.

Freie Gewerkschafts-Zentrale Berlin
Jugendvollstreckung Die nächste Jugendvollstreckung ist am Sonntag, dem 24. April, 10 Uhr, im Hotel am Schlosspark, zur Ausführung geplant: „Das Gerber“, von C. A. Wunne. Karten zum Preis von 50 Pf. sind in der Jugendzentrale, Gewerkschaftshaus, Sophienstr. 17-18, zu haben. — Besatz, Sonntag, 19. März, in der Gruppe: „Besatz“, Jugendheim Sophienstr. 17-18, Vortrag: „Aufgaben und Ziele der SPD.“ und der „KML“. — Schwenke: Jugendheim Niederschlesische, Berliner Str. 21, Vortrag: „Der organisierte Kampf des SPD.“ — Gebhardt: Jugendheim Fats Schule, Götterstr. 2, Kreismitgliederversammlung. — Schwenke: Jugendheim Fatschule, Götterstr. 2, Kreismitgliederversammlung. — Arbeit und Leben unserer freigewerkschaftlichen Jugendorganisationen. — Tempelhof: Jugendheim, Koenigsbergerstr. 4-6, Vortrag: „Der Jugendklub in der Arbeiterbewegung.“ — Schwenke: Jugendheim Hauptstr. 15, Sozialer Abend. — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Kreismitgliederversammlung im Jugendheim der Gruppe „Schwenke“. — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Jugend in der Arbeiterbewegung.“ — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Jugend in der Arbeiterbewegung.“ — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Jugend in der Arbeiterbewegung.“

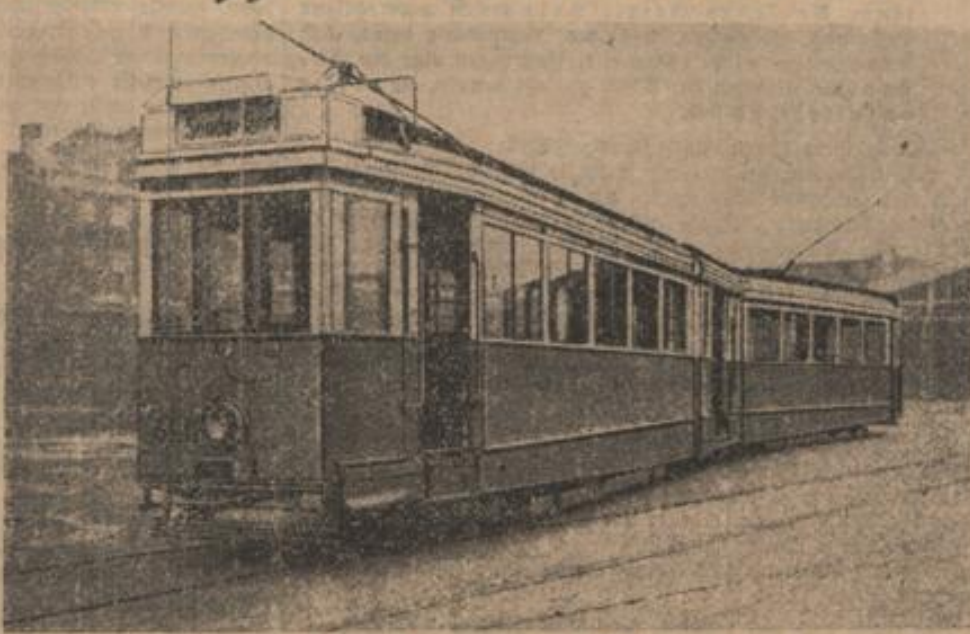
Arbeitergruppe des Peritorverbandes der Anwohner
Dienstag, 19. März, in den Sophienhallen, Sophienstr. 17-18, Ersatzsaal. Vortrag: „Die Anwohner der Stadt.“ — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Anwohner der Stadt.“ — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Anwohner der Stadt.“

Arbeitergruppe des Peritorverbandes der Anwohner
Dienstag, 19. März, in den Sophienhallen, Sophienstr. 17-18, Ersatzsaal. Vortrag: „Die Anwohner der Stadt.“ — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Anwohner der Stadt.“ — Kroll: Jugendheim Hauptstr. 15-19, Vortrag: „Die Anwohner der Stadt.“

Dr. Alexander Schönberg
im 39. Lebensjahr.
Um dieses Beträuf bitten im Namen der Hinterbliebenen
Nelly Schönberg, geb. Kellner
Judith und Georg.
Berlin-Steglitz, den 18. März 1930.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 20. März 1930, nachmittags 1 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Steglitz, Bergstraße, statt.

168 in einer „Elektrischen“

Jahrzehntlang hat das Schienenfahrzeug sich im Verkehr der Großstädte fleißig behauptet. Es entwickelte sich von der Pferdebahn zur elektrisch betriebenen Straßenbahn.



Die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft hat seit einiger Zeit zwei neuartige Straßenbahnwagen eingestellt, sogenannte Gelenkwagen, die auch als „D-Bus-Wagen“ bezeichnet wurden.

Berlin ist übrigens nicht die erste deutsche Stadt, die sich rühmen kann, solche Gelenkwagen eingestellt zu haben.

So hochzuwertschätzen der Fortschritt im Bau von Straßenbahnen ist, so bedauerlich ist es, daß die Konstrukteure bei den neuen Wagen nicht daran gedacht haben, den Fahrer vernünftig zu sehen.

Es genügt ja schließlich nicht, den Fahrer überhaupt nur zu sehen, man muß ihm auch eine bequeme Sitzgelegenheit bieten.

Die rasche Ermüdung unter allen Umständen vermieden. Die Gelenkwagen bieten insgesamt 168 Personen Platz.

Die motorische Gesamtleistung beträgt rund 325 Pferdekräfte, also etwa 240 Kilowatt. Die motorische Leistung, auf die Tonne Zuggewicht bezogen, beträgt 6,9 Kilowatt (rund 9 1/2 PS).

Berlin ist übrigens nicht die erste deutsche Stadt, die sich rühmen kann, solche Gelenkwagen eingestellt zu haben.

So hochzuwertschätzen der Fortschritt im Bau von Straßenbahnen ist, so bedauerlich ist es, daß die Konstrukteure bei den neuen Wagen nicht daran gedacht haben, den Fahrer vernünftig zu sehen.

Es genügt ja schließlich nicht, den Fahrer überhaupt nur zu sehen, man muß ihm auch eine bequeme Sitzgelegenheit bieten.

Die Verletzungen der Frau des Regierungspräsidenten Momm erscheinen nach den letzten Ermittlungen deshalb ganz besonders vermerkt, weil sie, wie sich jetzt erst herausstellt, über ihre Entwendungen und Versicherungsbetrügereien hinaus dritte Personen des Diebstahls bezichtigt und ins Gefängnis gebracht hat.

In die Diebstahlsaffäre der Frau Momm spielt nämlich, wie erst jetzt bekannt wird, noch der Fall eines Potsdamer Schlächtergeflüchtes hinein, der auf eine Diebstahlsbeziehung der Frau Momm vom Potsdamer Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Im Laufe der kriminalpolizeilichen Untersuchung stellte sich aber heraus, daß auch dieser angeblich gestohlene Posten Wäsche von Frau Dr. Momm beiseite geschafft worden ist.

Über ein Schauer des Entsetzens froh ist er über den Rücken, als er bemerkte, wohin ihn solche Gedankengänge führten.

671 Alexio Arcedo Ein brasilianisches Mietshaus

Ja, in der Tat, Bertoleza mußte verschwinden wie ein schwarzer Fleck auf einem sauberen Blatt Papier. Sie mußte Raum machen für ein blaues Mädchen mit zarten Händen und parfümiertem Haar: die lichte und Freude brachte; die das neue Leben vorstellte, das sich vor ihm öffnete, ein Leben unter Blumen, mit Selde und Spizen, wo der Tee aus seinem Porzellan geschlüpft wurde, und wo geschickte Finger über das Klavier hingleitete.

Aber Bertoleza — ja, er mußte sie wegbesördern, sie abschieben, sie loswerden, und zwar unverzüglich! Auf der Mitteluhr war es Mitternacht, als Joao Romao eine Kerze anzündete und in das Zimmer hinunterstieg, wo die Negerin schlief.

„Wenn ich's nun aber doch täte? Welches wäre dann wohl der beste Weg?“

„Dannoch, er überlegte, wie er sie beiseite schaffen könnte, ohne daß irgendeine Spur auf den Urheber des Verbrechens deutete.“

„Sie suchte die Achseln und erwiderte nichts. Einen Augenblick lang herrschte verlegenes Schweigen zwischen den beiden, und da Joao Romao nichts weiter zu sagen einfiel, machte er kehrt und ging; aber er fühlte den Blick der Schwarzen im Rücken.“

„Was wollen Sie denn, Herr Joao?“ fragte sie. „Richtig. Ich habe bloß mal sehen wollen, wie's dir geht — bin diese Sekunde hereingekommen. Wie fühlst du dich denn? Ich hoffe, daß die Schmerzen in der Brust aufgehört haben.“

Berlins Kredit unerschütterlich.

Infolge des guten Absatzes der Berliner Schahantweilungen hat das unter Führung der Preussischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stehende Konsortium sich entschlossen, schon vorzeitig die bei dem Geschäft vorgezeichnete Verpfändung der Deutschen Gasaktien aufzuheben.

Der Mordüberfall von Röntgenal.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III Berlin hat in der Angelegenheit der Schießerin in Röntgenal die Voruntersuchung wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg und wegen Kaufhandels gegen 18 Nationalsozialisten, die sämtlich in Haft sind, eröffnet.

Der neue Präsident der Oberpostdirektion.

Zum Nachfolger des am 5. März verstorbenen Präsidenten der Oberpostdirektion Berlin Bezüge ist der Präsident der Oberpostdirektion Leipzig Gerbeth bestimmt worden.

Durch Frau Momm ins Gefängnis. Sie bezichtigte andere des Diebstahls.

Die Verletzungen der Frau des Regierungspräsidenten Momm erscheinen nach den letzten Ermittlungen deshalb ganz besonders vermerkt, weil sie, wie sich jetzt erst herausstellt, über ihre Entwendungen und Versicherungsbetrügereien hinaus dritte Personen des Diebstahls bezichtigt und ins Gefängnis gebracht hat.

und dafür eine Entschädigung erhalten. Der seinerzeit unschuldig Verurteilte will jetzt die Hilfe eines Berliner Rechtsanwaltes in Anspruch nehmen, um Rechtsansprüche gegen den Justizsystem zu stellen, und gleichzeitig nötige Rehabilitierung verlangen.

Der Rest der noch fehlenden Sachen, insbesondere das verschwindende Silber, wurde bei der im Laufe des gestrigen Nachmittags vorgenommenen Hausdurchsuchung in der Hauptstraße des Regierungspräsidentiums entbeut.

„Wenn ich sie nun umbrächte?“

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Brunnenwunder.

Die Berliner Brunnen bilden ein Stück der Stadtgeschichte. Bis vor 220 Jahren gab es nur Ziehbrunnen, die dann 1700 den Zentilbrunnen weichen mußten. Besonders auffällig oder künstlerisch wie die Brunnen in Goslar, Danzig, Nürnberg waren deren Brüder in Berlin nicht.

Aber vor 75 Jahren verlegten zwei feuerpelende Brunnen die ganze Stadt in Aufregung und waren Anlaß zur Bildung wissenschaftlicher Kommissionen und gelehrter Untersuchungen. Der erste Fall ereignete sich an einem nebligen Herbstabend vor dem Hause Karlsruher 30. Ein Mädchen war im Begriffe, zum Abendessen einen frischen Trunk Wasser zu schöpfen. Dabei kam das Kerzenlicht zu nahe an das Ausflußrohr, aus dem sofort und bei jedem weiteren Kolbenstoß eine helle Flamme von einer Länge von zwölf Zoll und einem Durchmesser von etwa fünf Zoll herauszuckte. Natürlich ging beim ersten Schreck die Wassertarafe in Stücke und die Nachricht von dem feuerpelenden Brunnen ging wie ein Lauffeuer durch Berlin. Bald darauf wiederholte sich dasselbe Ereignis am Rundrohr eines Schöpfbrunnens in der Behrenstraße. Alle damaligen etwa 800 Brunnen aber mochten diese Extratouren nicht mit. Deshalb kamen Klempnerbrüder auf den Einfall, aus diesen Erscheinungen einen Verdienst herauszuschlagen. Für einen Silbergroßen führten sie der neugierigen Volksmenge allabendlich das Naturereignis vor. Es war ein pacifischer Unbitt, wenn über dem silbernen Wasserstrahl die blaue Flamme zischte. Raucher machten sich das Vergnügen, ihre Zigarren an den phänomenalen Brunnen anzustechen. Wissenschaftliche Räte setzten ein. Selbst Nachgrabungen wurden unternommen und Höherberichte abgefaßt. Diesem zufolge ergab sich, daß der Baugrund beider Gegenden lumpyig ist und überzogen wird von einer lebenden Infusorienkruste. Diese fohnderte Kohlenwasserstoffgas ab, das sich im Brunnenkessel und in brüchigen Zuleitungsrohren sammelte. Durch jeden Pumpenstoß wurde nun mit dem Wasser auch das brennbare Gas ausgepumpt, das durch Zufall Berlin zeitweise in den Wunderzeit verfehlte, brennende Brunnen zu besingen.

Zum Krüppel gefahren.

Ein Güterjugend auf der Anlagebank.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte sitzt ein Mann — mit Brothesen an Stelle der Beine. Er hat sie bei einer Diebstahlsfahrt verloren. Ein Güterzug fuhr am 4. Mai v. J. zwischen Tempelhof und Neudölln. Der Bahnwärter bemerkte plötzlich, daß unter der Plandede, die über ein Auto gespannt war, sich etwas bewegte. Dann sah er einen Mann auf der Lobre. Er lief zum nächsten Blockhaus und telephonierte nach Neudölln: Aufpassen! Er läuft zurück und findet auf dem Geleise einen Mann mit abgefahrenen Beinen. In seinen Taschen findet er abmontierte Autoteile. Das war der Dieb. Er war im Fahren abgesprungen und unter die nachfolgenden Wagen geraten.

Der Mann zählt 30 Jahre, ist bereits wegen Diebstahls verurteilt. Er sucht Arbeit, fand keine, entschloß sich zum Diebstahl auf dem Güterzug. Es war seine letzte Diebstahlsfahrt. Er wird nicht mehr sehen. Der Staat, der ihn nicht helfen konnte, solange er Beine hatte, hat ihm jetzt die Prothesen verschafft. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Aus dem Kabinettskabinett der Monarchie.

Unmäßig sind sie doch seltener geworden — die Leute, die trotz Revolution und Republik nicht auf die Reliquien der Monarchie verzichten können, die Geschichtshüter, die immer noch nicht den Hoflieferantentitel von ehedem ablegen wollen, die Beamten o. D., die noch ihre Würde durch die schmückenden Zusätze „kaiserlich“, „königlich“ usw. haben möchten.

Aber ganz ausgestorben sind diese kaiserlichen Käuze auch im zwölften Jahr der Republik noch nicht, und gelegentlich kann man davon sogar noch ein ganz besonderes Brodteigepäckchen antreffen. Als solches stellt sich einem geehrten Publikum ein „Königlicher Hofingenieur“ Bernhard Polen vor, der in Berlin in der Köpenicker Straße ein Geschäft für Heizungsanlagen, Warmwasserversorgung usw. betreibt. „Königlicher Hofingenieur, Hoflieferant Sr. Majestät des Kaisers und Königs“ nennt er sich in einem gedruckten Prospekt, den er an Kunden oder solche, die es werden sollen, noch im März dieses Jahres, 1930, verschickt hat. Zur Empfehlung seines Betriebes zählt er darum eine Reihe angesehener Kunden auf, die er im Laufe der Jahre bedient hat. Wir finden da: „Palais westend Sr. Majestät Kaiser Wilhelm des Großen“ in Berlin, „Königliches Schloß“ in Berlin, „Palais Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Preußen“ in Berlin, „Königliche“ Schlösser in Posen, Hannover, Königsberg usw., die „kaiserliche“ Besichtigung Cabinen, fünf „königliche“ Jagdschlösser Rominten, Grunwald usw., noch ein paar „königliche“ Palais in Berlin, das „königliche“ Opernhaus, das „königliche“ Schauspielhaus, das „königliche“ Kuffenmagazin, die „königliche“ Theaterschneiderei, ein „königliches“ Eisenbahnbetriebsamt, das „königliche“ Klinikum in der Biegelstraße, ein paar „königliche“ Diensthäuser, die „königliche“ Feuerwehrr usw. usw. Diese Liste wird noch im zwölften Jahr der Republik verschickt! Soll man annehmen, daß der Prospekt noch aus den Zeiten der Monarchie übergeblieben ist und daß der Herr „königliche Hofingenieur“ den Rest noch und nach aufbraucht? Ein „Nein“, mit dem man zwölf Jahre reicht, ließe allerdings auf ganz ungewöhnlich große Vorräte schließen. Aber selbst wenn es wirklich so ist, wenn tatsächlich hier ein Iparierem Geschäftsmann einen alten Prospekt noch verwenden zu sollen meint, so hätte er wenigstens hand schriftlich durch Vermerken und Streichungen die Spuren der verschwundenen Monarchie austilgen können — falls er's gewollt hätte. Uebrigens ist dem gedruckten Prospekt noch ein mit der Maschine geschriebener Nachtrag eingeklebt, der nach der Revolution entstanden ist. Man findet darin auch das „Haus Doorn-Holland“, dessen jetziger Inhaber seinem „Hofingenieur“ ein treuer Kunde geblieben ist. Zusammen mit diesem Flüchtlingsheim des kaiserlichen Deferteurs nennt der Nachtrag auch das „königliche“ Schloß Rhelmsberg und zwei „herzogliche“ Schlösser in Dessau, weiter ein „königliches“ Diensthaus in Berlin (Prinz-Louis-Friedrichs-Straße), Herr Bernhard Polen, westend „königlicher Hofingenieur“, hält also bewußt an der „Königlichkeit“ noch sehr fest. Es muß auch solche Käuze geben!

Vermisst Der Wohlfühlenshörer Genosse Walter Dräger aus Kieletfeld, Sobanstraße, 46, ist seit dem 10. März d. J. von dem Gange zu seiner Arbeitsstelle nicht zurückgekehrt. Der Vermisste ist 31 Jahre alt, von mittlerer Größe und kräftiger Statur. Kleidung: hellbrauner Hut, brauner Mantel, heller Anzug mit blauen Streifen. Hut und Wäsche ist mit W. D. bezeichnet. Vorher seinem Metzlarbeiter-Verbandsbuch hatte der Vermisste keinerlei Bestimmung bei sich. Ebenfalls war er im Besitz nur geringer Geldmittel.

Keine Unsicherheit bei der U-Bahn!

Vollkommen unbegründete Behauptungen.

In den Verhandlungen vor der Verkehrskommission des Arbeitsgerichts, die sich mit Klagen von Arbeitern der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wegen unberechtigter Entlassung beschäftigen, sind zur Begründung dafür, daß Arbeitsmangel nicht bestände, Ausführungen über den Zustand der Anlagen der BVG gemacht worden, die völlig unzutreffend sind.

Wir erfahren hierzu von zuständiger Stelle:

Zur Erhaltung der eisernen Viadukte und der Bauwerke der Hoch- und Untergrundbahn werden ununterbrochen, wie dies in jedem derartigen Betriebe notwendig und selbstverständlich ist, laufende Erneuerungsarbeiten ausgeführt. Es ist selbstverständlich, daß man Schäden an keiner Stelle in dem Maße anwachsen läßt, daß sie auch nur die geringste Gefährdung des Betriebes verursachen könnten. Die eisernen Viadukte stehen im besonderen unter dauernder Überwachung; sie werden unter gutem Anstrich gehalten und vor jedem Anstrich auf das sorgfältigste untersucht.

Ganz ist das Austreten von Rostbildungen niemals zu vermeiden, besonders an denjenigen Stellen nicht, wo die Viadukte über Geleise der Reichsbahn, die mit Dampf betrieben wird, hinwegführen. Der Auspuff von Lokomotiven fördert, wie allgemein bekannt ist, derartige Rostbildungen. Dementsprechend werden diese Stellen in erhöhtem Maße überwacht, Rostbildungen in kurzen Zeitabständen beseitigt und, wenn nötig, Auswechslungen von Konstruktionsstellen vorgenommen.

Von einem auch nur zeitweise betriebsgefährlichen Zustand der Konstruktionen kann an keiner Stelle die Rede sein.

Den in der Verhandlung vorgebrachten Behauptungen, als ob die für eine dauernde Betriebsfähigkeit der Hoch- und Untergrundbahn jeweils erforderlichen Unterhaltungs- und Ausbesserungsarbeiten auch nur im geringsten durch die aus anderen Gründen vorgenommenen Entlassungen beeinträchtigt würden, muß auf das allerbestimmteste entgegnet werden. Die technischen Arbeiten haben sich in letzter Zeit naturgemäß verringert, nachdem als Folge der Inflation umfassende Erneuerungsarbeiten notwendig waren. Das für die Erhaltung der Bauwerke erforderliche Personal ist selbstverständlich nach wie vor unvermindert vorhanden.

Die Ausreise der „Europa“.

Bremen, 19. März.

Der Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd trat heute um 13 Uhr von Bremerhaven seine erste Reise nach New York an. Die zweite Klasse, die dritte Klasse für Touristen und die dritte Klasse des Schiffes sind ausverkauft, die erste Klasse ist gut besetzt.

Um 12.30 Uhr wurde der letzte Laufsteg eingezogen. Die „Europa“ ließ ihre Sirene ertönen. Die letzten Trümpfen wurden losgemacht, und um Punkt 1 Uhr zogen die Achtern und vorn ausgespannten Schlepper das Schiff von der Raje ab. Nach mehreren Minuten schon ging das Schiff mit eigener Kraft Stromabwärts. Im Bord der „Europa“ befinden sich unter anderen der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der Botschafter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Zschlitz und zahlreiche bekannte Industrieführer.

Mißhandelte Kinder.

Material für die Arbeit des Strafrechtsausschusses.

Die „Jugendkaren“, Arbeitskreis für Jugendhilfe, hatte zu einem Ausspracheabend ins Rathaus geladen. Jugend und Mißhandlung war das Thema, und das Fazit des Abends war eine allseitige, teilweise recht scharfe Wendung gegen einige Lehrer von heute.

Die schlimmste Mißhandlung — so sagte die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Wegscheider — ist nicht einmal die Prügelstrafe oder immer das Schimpfwort, sondern das schälimste sind die kleinen Niederträchtigkeiten. Die Prügelstrafe kann man verbieten, aber gegenüber der Niedertracht versagen alle Verbote. Wir müssen langsam dahin kommen, daß zum Lehrer nur Menschen ausgebildet werden, die selbst einmal mehrere Jahre lang im Leben gestanden haben, ganz abgesehen davon, daß die heutige Zahl der Studienjahre zu gering ist. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß der Lehrer, dem frische, muntere Kinder, die nun mal keine Engel sind, anvertraut werden, in seinem Leben nichts anderes als die Schule gesehen hat!

Zu welchen Folgen mitunter auch die geringfügigsten, an sich unbeachtet gebliebenen Mißhandlungen führen, vornehmlich, wenn sie ein künftiges Rüst treffen, darüber gab Dr. Wegscheider eingehende Aufschlüsse. Die lebensunfähigen Menschen, denen es an jeglicher Initiative mangelte, die mit verdorrter Seele und einem ständigen Angstgefühl herumrennen, diese Menschen können zeitweilen nicht mehr von einer im frühen Alter ertilten Mißhandlung los. Oder wir haben die aktive Reaktion: die Empörung gegen den mißhandelnden Feind, von der bloßen Affektreaktion unter Umständen gesteigert bis zum Mord. Deshalb niemals auf den Lehrstuhl ein Mann, der den Kindern gegenüber irgendwelche Rachegefühle für selbst in der Schule ertilte Inbill abregiert.

Der letzte Redner des Abends war der bekannte Reabiler Strafrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Siegel. Die Hände des Richters, meinte er, sind außerordentlich gebunden durch die lockeren Bestimmungen des Zuchtungsrechts, das nach den hiesigen Bestimmungen doch sogar dem Lehrern zusteht. Bei schweren körperlichen Mißhandlungen kann der Richter einschreiten, aber die leichten Mißhandlungen, die schlimmer sind als die körperlichen, sie fallen alle unter das Zuchtungsrecht, das nach dem Allgemeinen Landrecht und einer Allerhöchsten Kabinettsorder von 1825 (!) auch dem Lehrer zusteht. Und dann ist die Voraussetzung einer Bestrafung wegen einfacher oder schwerer Körperverletzung ein Antrag des Verletzten! Unter solchen Umständen werden natürlich nur die wenigsten Kindern mißhandlungen bestraft. Wir müssen alles daran setzen, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches hier endlich Wandel schafft.

Großfeuer im „Markushof“.

In der bekannten Industriestätte „Markushof“ in der Markushofstraße 18 brach gestern um 15 Uhr im Dachgeschoss des Fabrikgebäudes Feuer aus, das sich schnell zu einem Großfeuer entwickelte. Die Verqualmung war zeitweise so stark, daß die Wächmannschaften kaum die Hand vor Augen sehen konnten. Es bestand größte Gefahr für die angrenzenden Gebäude, in denen sich zum großen Teil Tischlereien und Möbelfabriken befinden. Sechs Schlauchleitungen und mehrere mechanische Leitern wurden zur Bekämpfung des Brandes eingesetzt. Nach etwa zweiwöchentlichem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Eine starke Brandwache blieb bis in die späten Abendstunden hinein an der Brandstelle zurück. Bei den Löscharbeiten erlitt der Feuerwehrmann König eine schwere Rauchvergiftung. Nach Behandlung mit Sauerstoff konnte er in seine Wohnung gebracht werden.

Funkwinkel.

Der Vortrag Dr. Kurt Mühsams über den neuen amerikanischen Farbentoniem „Cin“ kann als ein Versuch angesehen werden, neben dem Theaterquerschnitt auch einen wöchentlichen Filmüberblick zu geben. Eine solche Kritik durch Rundfunk bleibt problematisch, könnte aber einmal versucht werden. Jedenfalls sind Kurt Mühsams Analysen der Technik des Farbentoniems ausgezeichnet und jedem Volen verständlich. Aber der Vortragende geht noch weiter, indem er auch die großen stilistischen Veränderungen in Betracht zieht, die die Erfindung zur Folge haben wird. Allerdings bleibt es hier nur bei Andeutungen. In dem Dialog über den „Scheinwerfer“ innerhalb des Zklus, das Gedächtnis der Zeitschrift sind die Erörterungen über die augenblicklich geübte Buchkritik bemerkenswert. Abends 8 Uhr: Josef Schmidt und Bronsgeest Operarien und Duette: Gegen Schmidts blühenden Tenor fällt Bronsgeest entschieden ab. F. Sch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu richten.

Zum Notopfer für die Erwerbslosen wurden auf dem Strohhofbahnhof 22 (Weihensee) 28 Mark gesammelt und an die Bezirkskasse abgeliefert, worüber hierdurch mit bestem Dank quittiert wird.

Weitere Veröffentlichungen dieser Art müssen an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen unterbleiben. — Alle Spender werden höflich gebeten, die in Umlauf befindlichen Sammellisten zu zeichnen. J. A. Alek Pagels.

Jugendweihle Neudölln.

Der Karrenverkauf zu der am 30. März im Mercedes-Palast stattfindenden Jugendweihle findet am Freitag, 21. März, von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim, Bergstraße 29, statt.

1. Kreis-Bezirksamt, Sonnabend, 20. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloßbau, Bremer Str. 77. Vortrag: „Zur Reform von Groß-Berlin“. Referent: Hermann Gerlich. 2. u. 3. Die Abteilungsversammlungen der Abteilungen 7 bis 13 sollen an diesem Tage aus. Die Bezirksleiter haben zur Kreisamtliche Versammlung etc.

4. und 5. Kreis-Bezirksamt, Sonnabend, 20. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloßbau, Bremer Str. 77. Vortrag: „Zur Reform von Groß-Berlin“. Referent: Hermann Gerlich. 6. u. 7. Die Abteilungsversammlungen der Abteilungen 14 bis 16 sollen an diesem Tage aus. Die Bezirksleiter haben zur Kreisamtliche Versammlung etc.

16. Kreis-Bezirksamt, Sonntag, 21. März, 18 Uhr, letzte Sitzung des Jugendbeirats in der westlichen Schule, Köpenick, Dönhofsstraße. Die Ausschussmitglieder müssen erscheinen. Freitag, 21. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung im Stadttheater, kleiner Saal, Friedrichstr. 6. Vortrag des Grafen Grafen Kurländer, H. v. K. über: „Kommunikation mit Reichsorganen“. 2. Sitzungnahme zum Bezirksparlament, 3. Bezirksbeirat, Sitzungsaal des Kreisamtes, 19 Uhr. Vortrag: „Die Wirtschaftskrisen des modernen Kapitalismus“. Der Vortrag umfaßt sechs Abende. Allen Benachteiligten wird die Besichtigung dringend nahegelegt.

heute, Donnerstag, 20. März:

18. WM, 20 Uhr, Funktionärssitzung bei Gerlich, Friedenstr. 26.

Morgen, Freitag, 21. März:

1. WM, 20 Uhr, bei Tobach, Weinmeister Str. 11, Funktionärssitzung. 2. WM, 20 Uhr, bei Richter, Steinmetzstr. 26, Sitzung des Bezirksamtes und der Jugendbeiräte. 3. WM, 20 Uhr, bei Tamm, Berliner Str. 100, Sitzung des Bezirksamtes. 12a. WM, Reichsbrot-Tag, 20 Uhr bei Traub, Hiltbrandstr. 18, Mittagsbesprechung. Vortrag: „Kommunikation mit Groß-Berlin“. Referent: Stadtverordneter Franz Häning.

17. WM, Hiltbrandstr. 18, Vortrag im Restaurant des Städtischen Hochhauses, Hiltbrandstr. 18, Vortrag: „Innere Wirtschaftskrisen“. Referent: Stadtverordneter Franz Häning. Eintritt und Konz. frei. Anfang 18 Uhr.

Frauenveranstaltung.

13a. WM, Melandenberg-Str. 20, 20 Uhr, Einbaure Straße, Frauenabend. Vortrag: „Holl von den Wanderräten“. Eintr. und Konz. frei. Platzkarten.

Bezirksauschuh für Arbeiterwohlfahrt.

6. Kreis-Bezirksamt, am Donnerstag, dem 20. März, nehmen die Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt an der Besprechung aller parteipolitischen Wohlfahrtsvereine teil im Bezirksamt Köpenick, Sitzungssaal, pünktlich 19 Uhr.

Vereinigung sozialdemokratischer Juristen.

Konferenz am Donnerstag, dem 20. März, 20 Uhr, im Ehrenhof des Reichsbrot, Weinmeister Str. 11, Vortrag des Bezirksamtes Grafen des Krebs über: „Rechtliche Organisation“ (mit Schlußwort). Eingeladene Gäste willkommen.

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin.

Gruppe Wedding-Gelendbrunnen, Werbenabend heute, 20 Uhr, in der Schule West- u. Ost-Köpenick, Vortrag: „Rechtliche Organisation“. Vortrag: „Warum Jungsozialisten?“ Referent: Franz Häning.

Gruppe Mitte, heute, Donnerstag, 20. März, 20 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Weinmeister Str. 11, 20. Versammlung. Thema: „Die Arbeitslosenfrage in den verschiedenen Ländern“.

Gruppe Köpenick, heute, Freitag, pünktlich 19 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Weinmeister Str. 11, 20. Versammlung. Vortrag: „Die Arbeitslosenfrage in den verschiedenen Ländern“. Vortrag: „Warum Jungsozialisten?“ Referent: Franz Häning. Eingeladene Gäste willkommen. Untere Veranstaltungsaal zu besuchen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Köpenick, heute, Donnerstag, am Donnerstag, 20. März, 20 Uhr, im Reichsbrot, Weinmeister Str. 11, Vortrag des Grafen Grafen Kurländer, H. v. K. über: „Kommunikation mit Reichsorganen“. Referent: Stadtverordneter Franz Häning.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. WM, Untere Senatstraße 20, heute, Freitag, pünktlich 19 Uhr, im Ehrenhof des Reichsbrot, Weinmeister Str. 11, 20. Versammlung. Vortrag: „Die Arbeitslosenfrage in den verschiedenen Ländern“. Vortrag: „Warum Jungsozialisten?“ Referent: Franz Häning. Eingeladene Gäste willkommen. Untere Veranstaltungsaal zu besuchen.

Kompromisse der Agrarpolitik.

Die sozialdemokratische Abwehr. — Keine Blankoermächtigung.

Nach tagelangen und schwierigen Verhandlungen haben sich die Regierungsparteien auf ein Programm zur Abwehr ausgedehnt, besonders drückender Notstände in der Landwirtschaft geneigt. Das Programm liegt dem Reichstag in Initiativanträgen vor und dürfte in der nächsten Woche zur Erledigung kommen. Obwohl erst im Dezember 1929 eine umfassende Regelung der Agrarzölle erfolgte, haben sich die Preise der einzelnen Erzeugnisse, insbesondere für Roggen, aber auch für andere Getreidearten, nicht gehoben, sondern sie sind sogar teilweise bis auf 80 bis 90 Proz. des Vorkriegsstandes gesunken. Entsprechend der in ihrem Agrarprogramm übernommenen Verpflichtung, die Landwirtschaft vor ausgesprochenen Katastrophenspreisen ebenso zu schützen wie die Verbraucherschaft vor einer Preisüberhöhung wichtiger Lebensmittel, hat sich

Die Sozialdemokratie der Notwendigkeit neuer Hilfsmassnahmen nicht verschlossen.

Die bürgerlichen Parteien hatten eine umfassende Ermächtigung für die Regierung gefordert, die Agrarzölle zur Einhaltung und Erreichung von, besonders beim Roggen stark überhöhten, Richtpreisen nach eigenem Ermessen zu verändern. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine solche Blankoermächtigung an eine Regierung, von der man nicht wissen kann, wie sie in einigen Wochen oder Monaten ausfallen wird, größte Gefahren in sich birgt. Das Parlament hätte sich durch eine solche Ermächtigung aus einem seiner wichtigsten Aufgabenkreise, nämlich der Bestimmung der Lebensmittelpreise, selbst ausgeschaltet, und es wäre leicht möglich geworden, daß die Regierung unter agrarischem Druck zu Maßnahmen gezwungen worden wäre, die bei voller Einschaltung des parlamentarischen Einflusses nicht durchzuführen gewesen wären. Von der Sozialdemokratie wurde daher diesen Bestrebungen starker Widerstand entgegengelehrt, der schließlich zum Erfolg führte: Der Ermächtigungsplan ist gefallen.

Auch die Forderung auf Erhöhung des Roggenzolls ist damit hinfällig geworden. Zur Hebung des weit unter Vorkriegshöhe liegenden Roggenpreises sind neben dem bereits dem Reichstag vorliegenden Brotgesetz, das zum verstärkten Konsum von Roggenbrot anregen soll,

finnere Maßnahmen durch verstärkte Roggenverfütterung

geplant. Im Dezember vorigen Jahres ist der Plan der Sozialdemokratie, große Roggenmengen durch Beibehaltung des bisherigen Zwei-Mark-Zolls für Landwirte, die neben der Gerste Roggen verfüttern, zur Verfütterung zu bringen, abgelehnt worden. An Stelle der notwendigen Differenzierung des Futtermittelzolls ist schematisch eine Zollserhöhung auf 5 Mark gegen die Sozialdemokratie beschlossen worden. Auch in den bürgerlichen Parteien hat sich jetzt die Erkenntnis durchgesetzt, daß das ein Fehler war, der nunmehr wieder gutgemacht werden soll: Der alte Zwei-Mark-Futtermittelzoll soll für Landwirte, die neben der Gerste Futterroggen kaufen, wieder hergestellt werden, während bei reinem Gerstenbezug der Zoll auf 10 Mark pro Doppelzentner erhöht wird.

Zwar hatte die SPD an Stelle des 10-Mark-Zolls gerne einen niedrigeren Zoll durchgesetzt. Gegenüber dem allgemeinen Zwei-Mark-Zoll bedeutet aber die Wiederherstellung des 2-Mark-Zolls zweifellos eine wesentliche Verbesserung. Die Zollentlastung bringt der bäuerlichen Bereidungswirtschaft (Schweine- und Eierproduktion) eine Senkung ihrer Produktionskosten, bewahrt daher die städtische Bevölkerung vor Verteuerung von Fleisch und Eiern und bewirkt gleichzeitig eine zusätzliche Verfüllung der großen in Deutschland noch vorhandenen Roggenüberschüsse. Sie wird dadurch zu einer gewissen Erhöhung der Roggenpreise beitragen.

Das staatliche Maismonopol.

Eine weitere Maßnahme zur Stützung der Roggenpreise liegt in der Neuordnung der Maiserzeugung. In Stelle des bisher im Deutsch-Jugoslawischen Handelsvertrag festgelegten 2,50-Mark-Zolls für Futtermais soll ein staatliches Maismonopol treten, das ebenso die Möglichkeit bietet, allzu niedrige Maispreise, die sich auch wieder auf den Roggenpreis auswirken müssen, zu verhindern, wie auch bei Verringerung der Marktlage die bäuerliche Wirtschaft vor einer Überhöhung der Maispreise zu schützen. Außerdem ist die Einführung eines Maismonopols ein neuer wichtiger Schritt auf dem von der Sozialdemokratie für richtig erkannten Wege zur öffentlichen Bewirtschaftung und Preisregulierung des Getreides. Hiergegen rieten sich allerdings noch starke Widerstände in der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten.

Stärkerer Verbraucherschutz bei Weizen.

Beim Weizenzoll sieht das Regierungsprogramm eine Erhöhung des Zolls bis auf 12 Mark pro Doppelzentner vor, um den im Dezembergehalt festgelegten Richtpreis von 26 Mark pro Doppelzentner zu erreichen. Auch hier ist es für die Sozialdemokratie von größter Wichtigkeit, daß in das neue Gesetz für den Fall einer Verringerung der Weltmarkterhältnisse der Verbraucherschutz verstärkt wurde. Soll der Richtpreis von 26 Mark im Durchschnitt von vier Monaten überschritten werden, so ist die Regierung verpflichtet, den Weizenzoll zu senken, und zwar nicht nur, wie nach dem bisherigen Gesetz, auf 3,50 Mark pro Doppelzentner, sondern, falls dies notwendig wird, bis auf 1,50 Mark pro Doppelzentner.

Andere in den Gesetzentwürfen vorgesehene Maßnahmen, wie Einführung eines Kleiezolls, Verringerung des Mehl- und Malzolls, Erhöhung des Zolls für ohnehin im Arbeiterhaushalt nicht gelaupte Frühkartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 1. April sind im Rahmen der Gesamtpläne von untergeordneter Bedeutung. Erwähnt muß nur noch werden, daß der bisher auf 8 Mark pro Doppelzentner stütz festgesetzte Haferzoll nun auch in einen Bleitzoll von 4 bis 12 Mark umgewandelt werden soll.

Für ein letztes Produkt, den Zucker, ist eine Erhöhung des Zolls von 25 auf 32 Mark von den Regierungsparteien beschlossen worden, um der ausgesprochenen Dumpfingeinfuhr aus der Tschechoslowakei entgegenzutreten. Auf die Preisgestaltung des Zuckers hat diese Maßnahme keinen Einfluß, da der Zuckerpreis nicht durch den Zoll, sondern durch den gesetzlich festgelegten Höchstpreis bestimmt wird. Dieser Höchstpreis, an dessen Festlegung vor 14 Jahren auch die Sozialdemokratie unterzeichnet hat, ist gegen den Willen der SPD im Sommer letzten Jahres von den bürgerlichen Parteien erhöht worden. Es ist eine besondere Befriedigung für die Sozialdemokratie, daß sie ansich-

lich der neuen Zuckerverordnung nach harten politischen Kämpfen eine

Herabsetzung des Zuckershöchstpreises um 1 Mark pro Doppelzentner

durchsetzen konnte. Für den Zuckerverbrauch bedeutet das eine Entlastung von 15 Millionen Mark im Jahr. Außerdem wird durch diese Maßnahme eine Überbeizigung der Zuckerproduktion, die zu großen Exportverlusten auf Kosten der deutschen Verbraucherschaft führen muß, eingedämmert.

Wenn auch die Sozialdemokratie den neuen Gesetzentwürfen durchaus nicht in allen Punkten freudig zustimmt, so kann doch gesagt werden, daß nicht nur ein verstärkter Schutz der Landwirtschaft vor Katastrophenspreisen gesichert und dadurch zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Kaufkraft für Industrieerzeugnisse beigetragen wird, sondern auch für die Verbraucherschaft und die bäuerliche Bereidungswirtschaft keine neue Belastung, teilweise sogar ausgesprochene Entlastung und Verbilligung der Produkte eintritt. Der übermäßige Schutz, insbesondere der Roggenpreise, hat sich freilich nicht in einer entsprechenden Senkung der Brotpreise für den Verbraucher ausgewirkt; eine Preisserhöhung trat bisher überhaupt noch nicht ein. Eine geringe Hebung der Getreidepreise wird sich daher gegenwärtig kaum in einer neuen Belastung der Verbraucher auswirken.

Antwort des GdA.

Die Betriebe der Deutschen Wirtschaftsbank.

Zu unserer Glasse „Wirtschaftlicher GdA. — Die Kunst des Schweigens“ vom 18. März schied uns die dem Gewerkschaftsbund der Metallisten nahestehe Deutsche Wirtschaftsbank folgende Feststellungen, die wir gern zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen.

In der am Sonntag, dem 8. d. M., stattgefundenen Generalversammlung der Deutschen Wirtschaftsbank L. G. H. ist auf Betragen der Presseberichterstatter von der Leitung der Bank mitgeteilt worden, daß die Belegstellungen bei den Firmen Sieben-Stöbe-Beilage und Druckerei G. m. b. H., GdA.-Buchvertrieb G. m. b. H. und R. Voll, Druckerei und Verlagbuchhandlung vom GdA. erworben worden sind. Daraus geht hervor, daß weder die Wirtsbank bestand, noch ein Grund vorhanden war, diesen Tatbestand der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Die Deutsche Wirtschaftsbank L. G. H. hat ständig nur 8 Prozent Dividende verteilt, darüber hinaus aber größere Ueberschüsse erzielt, die sie jährlich den Rücklagen zuführt, so daß bei einem Aktienkapital von 350.000 Mark bereits 400.000 Mark Rücklagen vorhanden sind. Das in der vorigen erwähnte Beteiligungsgesamt betrifft ein Berliner Grundstück im Werte von einer Viertelmillion Mark, das bereits seit dem Jahre 1925 zwecks Veräußerung der hiesigen Aktien auf 1 Mark abgekauft wurde. Etwa 90 Prozent des Aktienkapitals besitzt der GdA., der eine Kapitalerhöhung jederzeit vornehmen könnte, sofort sie notwendig wäre. Diese Notwendigkeit lag jedoch noch nicht vor. Die Deutsche Wirtschaftsbank hält sich von allen spekulativen Geschäften fern; sie gewährt nur Kredite gegen entsprechende Sicherheiten. Für die Sicherheit der Anlagen bei der Deutschen Wirtschaftsbank L. G. H. bürgt der GdA., die gleiche Gewähr wie die übrigen Gewerkschaften bei den von ihnen gegründeten Banken.

Somit die Antwort des GdA. Wir haben selbstverständlich die an uns gerichtete Zustiftung nur aus tatsächlichen Gesichtspunkten veröffentlicht. Es wäre sicher zweckmäßiger gewesen, wenn der GdA. auch schon im Geschäfts-

bericht der Deutschen Wirtschaftsbank eine Mitteilung von der Uebernahme der Betriebe veranlaßt hätte. Das wäre um so nützlicher gewesen, als auch in der Zeitschrift des GdA. vom 16. März nichts anderes zu dieser Frage veröffentlicht wurde als der naive Bericht der Wirtschaftsbank, der den Uebergang der Betriebe verschweigt. Ueber die Verluste aus dem Fall Reichelien wird selber auch jetzt noch nichts gesagt. Was das Verhältnis von Eigenkapital und Einlagen anbelangt, wird ebenfalls kaum bestritten werden können, daß es, auch unter Einrechnung der Reserven, bank- und geschäftsmäßig recht niedrig erscheint.

Bessere Anleiheaussichten.

Deutsche Anleihen in New York bevorzugt.

Aus New York kommt die gute Nachricht, daß die deutschen, in Amerika ausgelegten Dollaranleihen ihre Kurse stark verbessert haben und jetzt in der ausgeprochenen Gunst der amerikanischen Kapitalgeber stehen. Der Kursverlust von 4 1/2 Proz. im vergangenen Katastrophensjahre ist durch einen Kursgewinn von über 5 1/2 Proz. wieder mehr als wettgemacht. Man rechnet allgemein mit einer halbjährigen Belebung der deutschen Anleiheaktivität in New York. Wir hoffen, daß der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther dieser großen Chance zur entscheidenden Verbesserung der deutschen Kapitalmarkterhältnisse und der deutschen Wirtschaftslage jede Unterstützung angedeihen lassen wird.

Deutsch-polnische Handelskammer.

Errichtung einer Zweigstelle in Berlin.

Nachdem jetzt der Handelsvertrag mit Polen unterzeichnet ist, hat der im Mai 1927 gegründete Deutsch-Polnische Wirtschaftsbund in Breslau nach Zustimmung der maßgebenden Wirtschaftskreise seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer mit einer Zweigstelle in Berlin beschlossen.

Dem Vorstand des bisherigen Wirtschaftsbundes gehören eine Reihe prominenter Vertreter der schlesischen und der sächsischen Industrie sowie des Großhandels und der Postwelt an. Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau und Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. Grund. In der in Kürze einzuubernde Generalversammlung soll über die Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches der neuen Handelskammer Beschluß gefaßt werden. Der Vorstand wird durch Vertreter der Spitzenverbände und führende Persönlichkeiten aus dem Reich erweitert. Zweigstellen wird die neue Organisation, die auf mehrjähriger praktischer Erfahrung aufgebaut ist, zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland beitragen.

Weitere Feiertagsarbeiten auf der Thymen-Hütte. Die Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades in der Montanindustrie hält an. So sind jetzt auch in der August-Thymen-Hütte, einem der Hauptbetriebe des Stahlwerks, eine Anzahl Feiertagsarbeiten eingeleitet worden. Auf der Zeche Reumühl, die bereits vom 15. März 400 Bergarbeiter beschäftigt hat, ist gleichfalls in den „Auer-Lage“- und „Auer-Lage“-Betrieben eine neue Feiertagsarbeit eingeleitet worden.

Bereinigte Schuhfabriken Bernis-Bessels stellen Dividendenzahlung ein. Die große Nürnberger Schuhfabrik Bernis-Bessels, die in ihren Nürnberger und Augsburger Betrieben über 2000 Mann Beschäftigte beschäftigt, weist für 1929 einen von 470.000 auf 81.000 Mark reinen Reingewinn auf. Die Abschreibungen sind aber trotz des verheerendsten Ergebnisses von 220.000 auf 230.000 Mark heraufgesetzt worden. Während in den letzten beiden Jahren je 6 Proz. Dividende gezahlt wurden, werden diesmal keine Aktionärsdividenden ausgeschüttet.

Stabile Dresdner Bank.

Auch bei der 10 prozentigen Dividende. — Schief liegende Wirtschaftskritik.

Im Gegensatz zur Commerz- und Privatbank führt man sich bei Geschäftsbericht und Bilanz der Dresdner Bank für 1929 auf festerem, fast möchte man sagen gepflegterem Boden. Die Angliederung der Nebank für Handel und Gewerbe — aus Hugenbergs politischem Bereich mit der angenehmen Beilage preußischer Staatsgarantie — war keine große Angelegenheit, sonstige starke Ausdehnungen hat die Dresdner Bank nicht vorgenommen, so daß der Vorjahresvergleich möglich ist. Wahrscheinlich kann man von einer Preisgebührende bei der Dresdner Bank weniger sprechen als bei der Commerz- und Privatbank. Eine Refinanzierung war ohne Rücksicht auf stille Reserven der Vorjahre nicht möglich, weshalb sie unterblieb. Man wird annehmen dürfen, daß die laufenden Einnahmen angeht das völlig stagnierenden Börsengeschäfts auch bei der Dresdner Bank zur Not ausgereicht haben, um neben der Vorjahresdividende die laufenden Verluste aus dem ungünstigen letzten Bankjahr gerade zu decken.

Ein Glanzjahr war 1929 auch für die Dresdner Bank nicht.

Die Bilanz zeigt noch eine relative starke Zunahme. Die fremden Gelder sind noch um 168 auf 2275 Millionen angewachsen. Auf der Aktivseite haben sich die Rechtsbestände — freilich mehr durch Zunahme öffentlicher Schuldwechsel — um 55 auf 563 Millionen erhöht, die Rückläufe auf lagernde und schwimmende Waren konnten um 18 auf 397 Millionen steigen, und in laufender Rechnung vermehrten sich die Forderungen um 135 auf 1063 Millionen Mark. Auf beiden Seiten der Bilanz dürfte die Kreditbeschaffung für öffentliche Körperschaften nicht unerheblich zur Vermehrung der Geschäfte beigetragen haben, für deren äußerliche Steigerung auch die Erhöhung der Bilanzsumme von 2,35 auf 2,51 Milliarden zeugt. Das miserable Börsengeschäft kommt in der Halbierung der Börsen- und Bankdarlehen zum Ausdruck, die von 114 auf 57 Millionen gesunken sind, aber auch in der Zunahme der eigenen Wertpapiere, wo die Kursstützung für nahegelegene Unternehmungen den Bestand von 2,9 auf 4,4 Millionen erhöht hat.

Obwohl kein Zweifel darüber ist, daß die deutschen Banken nicht nur ihre öffentlichen, sondern auch ihre privaten Schuldner bei Kreditgewährungen immer noch sehr hoch nehmen, zeigt die Dresdner Bank trotz einer Umsatzsteigerung von 225 auf 248 Milliarden im ganzen rückgängige Einnahmen. Der Steigerung der Zinseinnahmen um 1,3 auf 37,8 Millionen und den um 0,4 Millionen gestiegenen Beteiligungsgewinnen steht ein Rückgang der Provisionseinnahmen um 2,2 auf 37,7 Millionen gegenüber. Die gesamten Sonstigen und Vermittlungsstellen stiegen von 55,0 auf 56,8 Millionen. Der Rückgang konnte durch den Rückgang der Zinszahlungen von 7,5 auf 7,2 Millionen nicht wettgemacht werden. So werden statt 13,4 Millionen Reingewinn im Vorjahr nur 11,4 Millionen ausgewiesen, aus

dem die Aktionäre 10 Proz. auf das 100-Millionen-Kapital erhalten. Auch bei der Dresdner Bank hat

das Personal zur Aufbringung der Dividende

trotz der 23 Milliarden Umsatzsteigerung und der Vermehrung der Konten von 280.000 auf 338.000 wieder Haare lassen müssen; das Personal wurde weiter von 5357 auf 8020 Personen abgebaut, so daß wahrlich kein Anlaß besteht, über die leichte Verbesserung der Bezüge im letzten Jahr zu sagen, wie es auch die Dresdner Bank tut.

Bekanntlich ist, daß auch die bei der Konjunkturanalyse jetzt in stielige Dresdner Bank nur eine dem Grundman der Durchschnittsunternehmer Rechnung tragende Kritik der Wirtschaftslage zustande bringt. Die Konjunkturvergleichung definiert sie als plötzliche Ausbreitung eines bisher mehr oder weniger latenten wirtschaftlichen Krankheitsherdes, für den sie im alten Unternehmerjargon die „verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik“ verantwortlich macht, die zur Steuerzahlung aus der Substanz gezwungen habe. Wir halten eine solche Darstellung für unehrlich und auch der Dresdner Bank für unwürdig, und zwar deshalb, weil man nicht dazu vorbeigehen darf, daß die seit 1926 durchgeführte Rationalisierung durch die unzulängliche Preislenkung — besonders bei Rohstoffpreisen und agrarwirtschaftlichen Produktionsmitteln — verfehlt ist, und daß das hohe Niveau des deutschen Kapitalismus sich aus der unünftigen offiziellen Auslandsanleihepolitik mindestens ebenso erklärt wie aus der durch die künstlich gesteigerten Höhe der öffentlichen schwebenden Schuld. Weil so wichtige

Ursachen der gegenwärtigen Konjunkturverrückelung verschwiegen

werden, läßt sich leider auch mit der Dresdner Bank über die Mittel zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage nicht diskutieren, die die Dresdner Bank allein in der einseitigen Konsumbestreuerung zu verstärkter Kapitalbildung erblickt. Recht interessant und sehr zu halten ist eine Bemerkung über die Arbeitslosenverteilung: „In einer Wirtschaft mit starker Kapitalbildung und reichlichen Betriebsmitteln wird in einer Krise eine Arbeitslosenunterstützung unter Umständen einen gewissen Ausgleich für Konjunkturschwankungen bilden, weil durch die finanzielle Alimentierung der Arbeitslosen ein plötzlicher göttlicher Ausfall dieser Kreise auch in der Nachfrage nach Verbrauchsgütern vermindert und die Befriedigung dadurch gemildert werden kann.“ In diesen Worten liegt eine erstaunliche Anerkennung der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Arbeitslosenunterstützung unter Konjunkturschwankungen, die auch die Arbeiterklasse gerne zur Kenntnis nimmt.

Adrienne Lecouvreur Zu ihrem 200. Todeslag am 20. März

Georg Brandes schreibt über Adrienne Lecouvreur: „Es kommt einem heutzutage vor, als sei die ganze Rechtfertigung des vorrevolutionären Frankreichs in Adriennes Schicksal zusammengeknüpft.“ Céleste Sorel, das hochverehrte Mitglied der Comédie française, verfasste ein Buch der Rechtfertigung für ihre große Kollegin aus dem 18. Jahrhundert; in ihm heißt es: „Das ganze Leben der Adrienne Lecouvreur war ein Leiden. War ein ungeheurer, nie aufgehender Schmerz. Adrienne Lecouvreur wurde nur die große Künstlerin, da sie so große Schmerzen erdulden mußte.“ In Sarah Bernhard, in Eleonore Duse, in Uccia Sorel, in Aisa Rielsen lebt Adrienne fort als Schauspielerin des Schmerzes. — Scribe und Beaumarchais lassen in ihrem sentimentalen Kriminalstück „Adrienne Lecouvreur“ die große Darstellerin nach einem nicht mehr überbietbaren Erfolge sagen: „Ich habe nicht immer das Glück, so gut zu leiden wie heute.“ Voltaire wurde beinahe verbannt um der Worte willen: „Sie hat die Welt bezaubert, und Ihr trost sie dafür!“ Es ist kein billiger Gabentagelust, nach 200 Jahren wieder mit Voltaire bei der Sterbenden zu stehen und zu wissen, daß dieses vergehende Gesicht einer kleinen, stillen Frau wie das Antlitz der Menschheit war.

In einem verfallenen Winkel wuchs sie auf. Der leberliche Hutmacher Courcour, ihr Vater, hockte den ganzen Tag blödsinnig in einer Stubenocke und grübelte unständliche Lieder. Einmal stieß er das ganze Zimmer in Brand. Die Schwester quälte die kleine Adrienne mit Bosheit, Säghorn und Eifersucht. Die Mutter prügelte die beiden Mädchen. Adrienne flüchtete dann und wann in die Nachbarschaft zu einem Spezereihändler und schaffte sich dort ihre eigene Welt: Theater mit Kindern. Was wußte Adrienne vom Theater? Sie wollte eine andere Wirklichkeit. „Polignets“ wird von der Truppe Adrienne aufgeführt. Es spricht sich herum. Die Frau Parlamentspräsidentin läßt sich in ihrem Hause vorspielen — wieder und wieder. Immer mehr Menschen kommen und sagen es weiter, bleiben vom Theater weg und hören und sehen der kleinen Adrienne zu. Die Comédie française reißt Klage in dem wegen Geschäftschädigung. Fräulein Theaterdirektorin und Hauptdarstellerin erhält Spielverbot. Aber der Polizeipräsident selbst wünscht Adrienne noch einmal zu sehen. Das Verbot wird aufgehoben, der Großprior von Vendôme stellt Räume des Temples zur Verfügung. Adrienne wird elegantes Spielzeug. Sie will künstlerische Arbeit. Ihre Tante wußt für den Schauspieler Le Grand. Durch ihn bekommt Adrienne ein Engagement nach Vize. Zwischen Theater und trübseligem Logis mit Vater und Schwester: die erste Liebe. Ein Baron G. oder D. Er stirbt. Neue Engagements in Lunéville und Straßburg, in Metz und Verdun.

Adrienne wird zum erstenmal Mutter. Der Viehhändler verfährt sie. Sie hat jetzt 2000 Franken Gage. Vater, Schwester, Tochter leben von ihr; auch ihr veräußertes Kollege Gaston. Sie kommt durch ihn nun selbst in Schulden. Der junge Graf Allouin hat Geld und eine so unbelastete, vergnügliche Art, die einen so jungen, so müden Menschen wie Adrienne direkt mitreißt. Adrienne ist nur noch mit dieser einen großen Liebe zu dem Vater ihres zweiten Kindes beschäftigt, auch als er sie längst wieder verlassen hat. Adrienne verkümmert in der Zeit dieser Erschütterungen ihre Konnexionen und Prostitutionen. Es war alles wie heute. Mit der Liebe und dem Geschäft. Aber am 14. Mai 1717 bedauert das fünf- und zwanzigjährige Fräulein Adrienne Lecouvreur an der Comédie française! Alle zwei Tage tritt sie auf. Die Diener im Salon Lecouvreur melden: „Der Herzog von Richelieu! Der Marschall von

Begault! Die Herzogin von Maine!“ Man reißt sich um die eleganteste Frau der Zeit. Madame verfügt über 300 000 Pfund Vermögen. In ihrer weißen Bibliothek wird ihr Voltaire vorgestellt. Als sie sich begegneten — elegant, gewandt, lebhaft, halb konventionell und halb herzlich —, war es, als sähen Adam und Eva der Legende sich an. Aber Liebe, Liebe gibt es nur mit dem jungen Grafen d'Allouin. „Er ist ein Engel“, sagt Madame, und läßt Madame mit dem Knaben allein. Damit aus dem Knaben ein Mann wird (wie das die Karriere so verlangt), muß Adrienne den kleinen d'Allouin von sich lösen.

Adrienne ist die erste Schauspielerin Frankreichs, die bewußte Vorkämpferin ihres Standes, die trotz des von ihr geübten Zaubers Gleichstellung mit den distinguiertesten Damen erreicht hatte. Die Jahre nach dem Abschied von d'Allouin gehören nur der Kunst. Die Bühne ist für Adrienne nicht mehr das Reich der Illusion. Sie will sie zum Bilderbuch der Geschichte, zum Spiegel der Zeit, zum Forum der Menschlichkeit gestalten. Der Schauspieler ist ihr der gesammelte Kosmos aller. Sie will die Sprache des Tages reden, will wie alle lachen und weinen. Sie registrierte nicht, sie sprach.

Adrienne spielt, probt, fährt zur Visite, hat Gäste. Nur der Körper ist ein wenig schwach. Sie lernt, sie betätigt sich mit Schneiden und Friseurern und erzieht einen gewissen Korkiz von Sachen. Alles, was roh an ihm ist, will sie edel machen. Er betrügt sie viel und hat nie Geld. Die Lecouvreur verkauft ihre Wägen, ihren Schmuck. Sie finanziert ihn als Herzog von Kurstant, obwohl das Heen Lebensinteressen doch gerade zurechtsetzt. Worin kam nach Jahren als armer Abenteuerer zu Adrienne zurück. Die große Amoureuse Lecouvreur hatte still auf ihn gewartet und hielt neues Geld für ihn bereit. Aber erst nach ihrem Tode wurde ihr Geliebter einer der berühmtesten Feldherren seines Jahrhunderts. In diesen ihren grauenvollen Tod war er vielleicht ein wenig beteiligt. In Verbindung mit einer seiner anderen Freundinnen, der Herzogin von Bouillon. Es gab eine romantische Verschönerung mit maskierten Herren und einem buckigen Abbé, heimlichen Büchlein und verfluchten Giftpfeifen. Schulmädchens würdig. Die Herzogin macht sich kein Gewissen daraus, eine Frau, die dem braven Volk entstammte, aus dem Wege zu räumen, und hat um so weniger Bedenken, als dieses Kind des Volkes dem von der Kirche verdammt Schauspielerstand angehört. Die Herzogin von Bouillon merkt nichts davon, daß Korkiz von Sachen in Wahrheit in den Händen einer kleinen, losen Sängerin ist.

Nur Voltaire war bei der sterbenden Adrienne. Am 13. März 1730 hatte sie noch die Jalousie in seinem „Dejepe“ gespielt. Nach der Vorstellung zeigte sich die ersten Vergiftungserscheinungen. Am 20. März hörte Voltaire ihre letzten Worte. Der Verstorbene verweigerte man Beichenbegängnis und Grab. Man hatte einen wunderbaren Grund gefunden. Der Herr von St. Sulpice hatte Adrienne vor dem Tode mit größtem Eifer aufgefordert, Reue über ihre Lebensstellung auszusprechen. Sie war zur „Reue über das Vergessen, das ihr Verfall mit sich führte“, nicht zu bewegen. Die Leiche wurde nicht einmal auf eine Bahre gelegt, sondern um Mitternacht in eine alte Froschle gebracht, nur von einer Kutsche Polizeifolken begleitet und von zwei Lastträgern auf einem alten Saupflug verpackt. Der fassungslos Voltaire hatte die Leiche sehtzen lassen. Um eine erneute Beichenschau zu vermeiden, wurde der Beichnam der Adrienne Lecouvreur mit frischem Kalk überschüttet, wie später der tote Voltaire. Jochen Klepper.

Draußen tanzt ein arabischer Jahrmart. Vor Caféhäusern aus Lumpen lagern Kolbäre, Kamele, Esel und ägyptische Polizisten durcheinander. Kinder balgen sich um Tabakstummel. Frauen tragen mehr Kisten auf dem Kopf — als mancher europäischer Akademiker inwendig. Auf den Dächern liegen die Misthaufen, und süßener scharren durch die Deste den Muslim in den Schlaf. In den Süßwasserkanälen weiden Herden und Barken legen Karawanen über.

In Ketten schauelt eine Sträflingskompagnie zwischen großen Blissen. Und der Aufseher improvisiert mit der Rißerpeitsche pfeifende Hiebe durch die gestochte Luft.

Ein Sacke taumt auf die Idee — im Waschraum Extrischung zu suchen. Wasser rann — aber es dampfte wie Teesaufguss.

Man reißt sich mit Zitronenschale die Stirne, verschwendet die letzten Reste köstlichen Wasser.

Nichts hilft. Der Durst ist überlebensgroß in allen Coupes und verwendet die Reisenden als Düststoff. Und zum erstenmal im Leben bekommt man Einführung in das Gefühlsleben eines Straßkollens.

Im Süden steigt das Rostadungsgebirge in die Schmorpfanne des Himmels hinein. Die Straßen werden zu Labentischen. Die Mäuler der Dromedare heben sich und ahnen die Ställe. Im Kessel liegt, von zwei Wüsten garniert — Kairo, die Stadt ohne Wetterbericht.

Juden werden zu Belzmützel, Strohhüte wandeln sich auf dem Kopf in Stahlhelme.

Amsthaniggeb leuchten die Beschüter der Fahrgäste Port Seid — Sa. so und spiegeln eine Miniaturwüste.

Eilig fahren Damenhände in ihre Handtaschen, um sich eine frischrote Nase um den Mund zu streichen.

Aber — während der Fahrt waren die Suppenstübe geschmolzen. Und lagen wie zerkaufene Bierfruchtmarmelade am Boden.

Spazierfahren Unter den Linden sind ein ander Ding — und einmal ist's auch schön, wenn Ränge statt zwischen Lippen — an zwei sitzenden Erdteilen vorbei zerfließt.

Wie soll das neue Berliner Museum heißen?

Wie sollen die neuen Museumsbauten genannt werden, die sich zwischen dem Kaiser-Friedrich-Museum, der Nationalgalerie und dem Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel erheben und demnächst eröffnet werden sollen? Diese Frage wird der Generaldirektor der Museen Wilhelm Bacholdt in einem Aufsatz des „Kunstwörterers“ auf, in dem er sich zugleich mit dem Wirtwart der Museumsinseln überhaupt beschäftigt. Die Bezeichnung eines Museums gibt ja in den seltensten Fällen das Wichtigste an, nämlich seinen Inhalt. Meist hängt der Name mit irgendwelchen äußeren Beziehungen zusammen. Freilich hat es noch keinem Museum ernstlich geschadet, wenn es einen nichtsehbaren Namen trug, und auch die schönste Benennung kann keinem Museum zu Ruhm und Besuch verhelfen, wenn es keine innere Bedeutung besitzt. Aber da nun einmal Museen wie Kinder einen Namen kriegen müssen, so steht man jetzt auch bei den Neubauten vor der großen Frage der Namenswahl. Unter den bestehenden Berliner Museen kann das Alte Museum insofern seinen Namen rechtfertigen, weil der Schinkel-Bau nicht nur Preußens ältestes Museum ist, sondern auch seit drei Jahrzehnten nur Werke alter Kunst birgt. Sehr irreführend aber ist die Bezeichnung Neues Museum, das so als Ergänzungsbau zum Alten Museum genannt wurde, aber mit neuer Kunst kaum irgendwelche Beziehungen hat. Noch schlimmer ist es bei dem ehemaligen „Kunstgenossenschaftsmuseum“, das überhaupt kein Kunstgewerbe mehr enthält. Die Neubauten auf der Museumsinsel zeigen zwei Flügel und einen verbindenden Querbau. Der Nordflügel, der die deutschen Werke der Plastik und Malerei von der Bismarckdenkmalzeit bis zum Rokoko enthält, wird als „Deutsches Museum“ einen bezeichnenden und einprägsamen Namen führen. Der Querbau, der in der Mitte den gewaltigen Pergamonsockel und in den benachbarten Sälen das Museum antiker Architektur umschließt, erhält mangels den Titel Pergamonmuseum, und wenn man den Südflügel der Neubauten als Vorderstadisches Museum ansprechen wollte, so fände das seinen Grund darin, daß im Erdgeschloß die Altentümer aus Babylon, Assur usw., im Obergeschloß die islamische Kunstabteilung unterstellt sind. Wählt sich so die Laufe der einzelnen Teile befriedigend lösen, so ist das bei dem Gesamtanliegen nicht der Fall. Von der östlichen Lage ausgehend, kann man an „Inselmuseum“ (auf der Museumsinsel denken oder an „Forummuseum“, weil es um den Forum genannten Ehrenhof liegt oder an „Citiumuseum“ wegen der Lage im Kern der Stadt. Man hat auch an die Namen „Substanzmuseum“ oder „Jahrhundertmuseum“ gedacht im Zusammenhang mit dem Jahrhundertjubiläum der Berliner Museen. Aber keine dieser Bezeichnungen befriedigt, und so bleibt die Frage: Wie soll das neue Museum heißen?

Tom transneptunischen Planeten

Die amerikanischen Zeitungen enthalten weiter spaltenlange Schilderungen von der Auffindung des neuen, des sogenannten transneptunischen Planeten durch das Lowell-Observatorium in Flagstaff und erörtern eingehend die Theorien, die sich an diese Entdeckung knüpfen. Nach der Ansicht der Leiter des Lowell-Observatoriums wird es allerdings Monate dauern, bis man sich auf Grund der Beobachtungen, die man jetzt mit den mächtigsten Fernrohren der Welt anstellen wird, ein einigermaßen zuverlässiges Bild von dem Planeten machen kann. Denn dieser erscheint dem Auge auch in diesen Fernrohren nur als winziges Sternchen. Nach Ansicht der Astronomen muß der Planet von riesigen Ozeanen, wenn man so sagen darf, bestehend aus flüssiger Luft umgeben sein. Auf jeden Fall glauben sie, daß der neue Planet noch tiefere Temperaturen als der Neptun aufweist, wo nach ihren Schätzungen die Temperatur so niedrig ist, daß das Sauerstoffgas einen festen Körper und der Sauerstoff zumindest eine dicke Wolke bildet. Infolge der riesigen Entfernung von der Sonne, die mit etwa 5 Milliarden Kilometer angenommen wird, dürfte auf dem neuen Planeten das Tageslicht, das von der Sonne ausgeht, für unsere Begriffe nur etwa die Stärke unseres Mondlichts haben. Die Größe des Planeten legt man der Erde gleich, seine Umlaufgeschwindigkeit nimmt man mit zwei Wochen in der Stunde an, gegenüber 19 Wochen bei der Erde. Dementsprechend und in Betracht der großen Entfernung von der Sonne ergibt sich auch eine sehr lange Dauer für eine Umdrehung um die Sonne — das Jahr auf dem transneptunischen Planeten dauert etwa 330 Erdjahre. Die Verankerung des Standorts des Planeten am Himmel macht demnach für das menschliche Auge während eines Jahres nicht mehr als etwa zwei Mondörter aus.

E. Hoferichter: Zwischen zwei Erdteilen

Singend schauelt der Lumpenmännchen im Delwasser um die Wände der Ozeantüfen.

Mitro trillert so sein Morgenlied und in den Bursakabinen erwachen die Puderquasten.

Unterhosen, Büstenhalter, Bauchbinden und Flackstrümpfe fliegen aus den Ballungen, und dem schwimmenden Lumpenmännchen von Port Said werden sie zu süßernen Sternschnuppen, die er mit Schotoladenhänden aus dem Wasser fischt.

Jetzt zieht er ein Berliner Zeitungsbüchlein in seinen Kahn, wo Inzenturauferläufe, Todesanzeigen, Angorastater zugelassen und ehrlich gemeint im Sonnenbad Afrikas die letzten Reste ihres Zwedes wie eine Seele aufgeben.

WeiB und weich, wie eine ausgedrückte Zahnpasta, schiebt sich der Suezepfropf an den Hasen.

In den Barteräumen gibt es statt Stühlen nur Fliegen. Der Saal schmet von Heuschreckenschwärmen bis auf die vier Wände hoch gefressen zu sein.

Durchs Coupfenster glüht der Suezkanal wie die Ringe eines Unteroffiziers. Wüste und Meer schieben sich im Wenzalesee ineinander.

Der Zug rast sich in fieberndes Tempo hinein und noch immer hängen Feshändler, Zauberer mit allen Fingern voll Gischlangen an den Waggontüren, gleichen Wasserverkäufer Limonaden durchs Fenster in die Tropenheime der Reisenden.

Stationen lang rollen Zwiebel . . . Zwiebel . . . Zwiebel in Güterwagen vorbei. Zur Vinken ist mit dem Vinsal der Suez in übermenschlicher Einformigkeit am Geseise entlanggezogen. Und das ewig Grablinde läßt erst das Wunderwerk dieses Treibungsreiches zweier Erdteile ahnen. Hier kann man vom Waggonsfenster aus — leere Konservendbüchsen von Birita nach Asien schlüßeln. Und in drei Sekunden sind zwei Ketten überworfen. Auf der Kfaktaste badet ein Baggerarbeiter — und drüben in Asien liegt ihm Hemd und Hofe . . .

Der Staatenallas des ganzen Globus zieht, auf die Masten der Schiffe getupft, im Kanal vorüber. Auf einem kleinen Fracht-dampfer hängt die Frau Kapitän Kinderwäse in die ägyptische Sonne und die gleiche Wärme, die einst die königlichen Weiber von dreißig Dynastien austrocknete, strahlt jetzt über das baumwollene „Kamas Liebling“. Von einem englischen Steamer her weht der Geruch von Beeftreaks, wozu ein Sapphonbläser am Achterdeck seine Worgenanndacht in die Wüste mlaut.

Auf den arabischen Bahnhöfen wartet am Barron die Nige. Vereinzelt hocken Fellschenderer im Wüstenland herum. Ueber ihre schräge Armfeligkeit weiden die Palmen als Janfaren höcht

königlicher Ueberhebung. Und kein Auge wäre verwundert, wenn in ihren Gezweigen Englands Fliegen wähen würden.

Aus dem Suezschloß singen Vögel die Kobartellieder der Wüste. Kanäle biegen hart an die Bahn her. Und jetzt glaubt man, die Schiffe im Kanal schwimmen im Sande hin. Das Wasser Gefesselt ist verjunkt — beids Erdteile zu seiner Rechten und Linken liegen als einziges, unerschmittliches gelbes Tischuch da, durch das die Schiffe in des Auges Täuschung wie Autos auf staubigen Straßen fahren.

Am Horizont wechseln die Wüsten ihre Farben. Blendendes Weiß steigt auf, schreiendes Rot flutet dazwischen, Gelb überwältigt alles.

Der Südwind schlägt als Brandung die ersten Sandwellen durch die geschlossenen Fenster. Die Holzjalousien laufen herab. Aber im Kibbel wirbelt der Staub. Jeder Witz der Zähne trittsch auf Sand. Und das Erlebnis der Wüste beginnt mit dem Gefühl — jetzt sind dir alle Nomben ausgefallen . . .

Europäische Kinderfräulein fühlen unbewußt den Antrieb — ihre Kleinen mit Kübeln und Schaufeln zum Buddeln in diesen größten Sandspielplatz der Erde zu schicken.

Ein Herr meines Hotells konfrontiert die Wüstenlandschaft mit den bisher gesehnen Abbildungen auf Nigorettenfachkeln und nicht befriedigt: „Stimmt“ . . .

Lumpenschirmhülle schimmert das giftige Grün der ersten winzigen Dafen auf. Palmenwälder rauschen. Schalten breiten über Wasserräder die Hände aus. Kanäle ziehen die Minutenzeiger im Kreise und schöpfen Fruchtbarkeit in die Fesler, die England erntet.

Da reitet ein Muselman mit geschultertem Sonnenschirm und Dattelkerne im Munde am Bahndamm entlang und seine Fersen ziehen Gefesse in den Staub der Landstraße. Und dort unter diesem Raubbach rasten Mann und Weib mit ihrem Kind — und wenn wir zweitausend Jahre eher vorübergefahren wären, müßten es Maria und Josef mit dem Jesuskind gewesen sein — auf der Flucht nach Ägypten. Weihnachtskrippen bei 32 Grad Celsius . . .

Wie Telegraphendrähte durchschneiden die stielige Luft — die Gebete, die von den Minarets der Dorfmoscheen herab gen Mekka ziehen. In die Furchen der Acker sind gläubige Weiber geworden und das Lob Allahs blüht hunderttausendfältig daraus hervor.

In den Gängen der Pullmannwaggons riecht es nach Drangen und Pfefferminz. Unbemerklich flieg der Durst mit ein — und von Station zu Station macht er sich breiter und beschäftigt sogar die Ladies in 1. Klasse.

Immer näher scheinen die Städte gegen die überhöhte Lokomotive vorzurücken. Alle Herren sitzen in Hofenträgern. Die Damen fächeln mit Journales. Köpfig Kilometer fliegen vorüber . . .

